

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

## Sechs-Milliarden-Loch

Die Nachricht von einem mutmasslichen Defizit von mindestens sechs Milliarden Franken in der Staatsrechnung des Bundes für 1993 führte in der Sauregurkenzeit zu einem Aufschrei in den Medien und am Stammtisch. Wie konnte es so weit kommen? Wer trägt die Verantwortung? Was kann man tun?

Von Ständerat  
Ernst Rüesch (SG)\*

Seit Jahren warnen wir im Parlament, dass die Wahlgeschenke von heute die Steuern von morgen sind. Zwei Drittel der Bundesausgaben sind zudem sogenannte Transferleistungen an Kantone, Gemeinden und Private. In dieses aufgeblähte Bundesbudget haben nun die Blitze eingeschlagen, und dieses Unwetter dauert länger als erwartet. Das hat zur

\* Präsident der Finanzkommission des Ständerates.



In der Bundeskasse fehlen sechs Milliarden

(Photo Keystone)

Folge, dass das Ergebnis der Wust für 1993 um eine Milliarde tiefer ausfällt als erwartet. Für die Arbeitslosenkasse wurden 1,3 Milliarden bewilligt.

Die Rechnung ist nun einfach: 3,1 Milliarden Defizite werden im Voranschlag 1993 bereits angenommen. Mit den Mindereinnahmen bei der Wust von einer Milliarde und den Leistungen an die Arbeitslosenkasse macht das ein Defizit von 5,4 Milliarden. 200 Millionen Nachtragskredite sind bereits beschlossen. Mit dem zweiten Paket werden die sechs Milliarden sicher überschritten.

Was ist zu tun? 1. Grösste Zurückhaltung bei den Nachtragskrediten. 2. Reduktion des Bundeshaushaltes. 3. Ein struktureller Wandel in unserem Steuersystem, das heisst Übergang zur Mehrwertsteuer zu einem Satz von 6,5. □

Eidg. Abstimmung vom 26. September 1993:

### FDP-Parolen

Bundesbeschluss gegen den Waffenmissbrauch	JA
Kantonswechsel des Laufentals	JA
1.-August-Initiative	JA
Krankenversicherung	JA
Arbeitslosenversicherung	JA

### Inhalt

- Was der Parteipräsident zum Thema Asyl meint, lesen Sie Seite **5**
- Eine farbige Überraschung erwartet Sie auf Seite **8**
- Einen neuen Generationenvertrag fordert der Artikel ab Seite **13**
- Klartext spricht ein Leserbrief Seite **16**

# Gewalt und Gegengewalt

**In Südafrika dreht sich die Spirale von Gewalt und Gegengewalt immer höher. Erwogen wird, neue, gemeinsame Sicherheitskräfte aller Konfliktparteien zu bilden. Manche sehen darin die letzte Chance, um Südafrika vor einem Abgleiten in einen Bürger- und Rassenkrieg zu bewahren. Denkbar ist aber auch, dass die Regierung den Ausnahmezustand verhängt.**

**Jacques Baumgartner**

Seit der Entlassung des Anführers des «African National Congress» (ANC), Nelson Mandela, vor dreieinhalb Jahren aus dem Gefängnis ist die Apartheid schritt- und scheinweise abgebaut worden. Staatspräsident und Regierungschef Frederik Willem de Klerk hat sich für die Politik der getrennten Entwicklung der Rassen seiner National Party (NP) bei der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, den Farbigen und den Indern entschuldigt, diese bedauert. Die Regierung der weissen Minderheit diskutiert mit den Rassen ernsthaft über ein «neues Südafrika».

Seit Nelson Mandela frei ist, eskaliert aber auch die Gewalt. Über neuntausend Menschen, überwiegend Schwarze, sind in den vergangenen drei Jahren durch Schwarze ums Leben gebracht worden.

## Traurige Bilanz

Am vergangenen 20. Juli zog die Menschenrechtskommission Südafrikas Bilanz. So seien von Januar bis Ende Juni 1387 Personen «durch politische Gewalt» getötet, 2351 verletzt worden. Die Kommission verzeichnete im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Anstieg der «Zwischenfälle» um zweieinhalb Prozent auf 2178. Zwanzig Menschen seien in Polizeigewahrsam ums Leben gekommen.

Laut der Menschenrechtskommission sind zwischen Januar und Juni dieses Jahres 28 Menschen zum Tode verurteilt worden, wodurch die Gesamtzahl der zu Tode Verurteilten 301 Personen erreicht habe. 35 Distrikte in Südafrika seien eigentliche Unruheregionen.

## «Gewaltmuster»

Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu spricht von einem «Gewaltmuster». Laut dem Erzbischof von Kapstadt erlebt Südafrika immer dann eine Steigerung der Gewalt, «wenn es zu einem wichtigen Ereignis kommt; überall in Südafrika fliesst Blut.»

So fiel beispielsweise der Angriff (von Schwarzen) auf eine von Weissen besuchte Kirche in Kapstadt zusammen mit der Verkündigung am 25. Juli eines Entwurfes für eine Übergangsverfassung. Dieser soll die Grundlage für das «neue Südafrika» abgeben und zu den ersten für alle Rassen freien Wahlen am 27. April nächsten Jahres führen. Danach wird es an der Verfassungsgebenden Versammlung sein, eine endgültige Verfassung auszuarbeiten. Der «gemässigte» Entwurf sieht ein Zweikammer-Parlament und eine weitgehende Regionalisierung vor. Im wesentlichen soll Südafrika ein Bundesstaat werden.

## Ablehnende Front

Die Konservative Partei (CP/ Opposition der Weissen im Parlament von Kapstadt) und radikale rechtsstehende politische Gruppierungen der Weissen lehnen zusammen mit der von den Zulus unterstützten Inkatha-Freiheitspartei (IFP) von Häuptling Mangosuthu Buthelezi den Entwurf als «Rezept für einen Rassenkrieg» ab.

Inkatha vertritt immerhin das grösste südafrikanische Volk, die Zulus, und nahezu die ganze Südprowinz Natal beziehungsweise KwaZulu. Zulu-Zeitungen verkünden in diesen Tagen in ganzseitigen Inseraten «KwaZulu for ever!» («KwaZulu auf ewig!») Buthelezi und seine Inkatha sträuben

sich gegen ein «Diktat der NP-Regierung von de Klerk und des ANC von Mandela». Man ist sich einig mit konservativen und rechtsextremen Weissen, dass der Verfassungsentwurf die weitere politische Entwicklung bis zur Jahrtausendwende «programmiert». Im Grunde würden freie Wahlen und der Demokratisierungsprozess verhindert. Der NP-Regierung und dem ANC ginge es nur darum, sicherzustellen, dass sie gemeinsam an der Macht bleiben.

## Vernunftfehe

Die National Party gibt sich nicht der Illusion hin, in freien Wahlen eine Mehrheit zu erhalten. Aber auch der African National Congress muss heute einsehen, dass er möglicherweise die schwarze Bevölkerungsmehrheit nicht mehrheitlich für sich wird gewinnen können.

Der ANC erhält bereits jetzt die Quittung für Uneinsichtigkeit, für Mangel an Toleranz, für mangelnde Freiheitsgesinnung, für Missachtung von Menschenrechten, dafür, dass er die Medienfreiheit beschränken möchte. Und der ANC hat mit seinen Plänen einer sogenannten Vermögensumverteilung nicht nur die grosse weisse und internationale Geschäftswelt, sondern auch die Vielzahl schwarzer Unternehmer, kleinere, mittlere und ganz grosse, erschreckt und verunsichert.

Eigentlich haben sich die NP-Regierung und der ANC bereits zu einer Grossen Koalition zusammengefunden, zu einer Vernunftfehe zwischen den (noch) alten Machthabern und der treibenden, drängenden und bedrängenden Hauptopposition.

## Autonomiepläne

IFP-Chef Buthelezi verlangt «Wahlen ohne Einschränkung, keine ausgeklügelten Machtverteilungspläne vor den Wahlen», und er fordert weitestgehende Autonomie für KwaZulu im Rahmen einer südafrikanischen

Föderation. Auch die Konservative Partei und rechts-extreme Gruppierungen wollen eine eigene, eine weisse Region.

Die Konservative Partei zog sich am 26. Juli aus Protest gegen den Verfassungsentwurf aus den Allparteien-Demokratieverhandlungen zurück. Sie will erst dann in das Mehrparteienverhandlungsgremium zurückkehren, «wenn die Selbstbestimmung für Afrikaner unmissverständlich akzeptiert wird». Laut CP-Chef Ferdi Hartzenberg ist die Partei nicht glücklich darüber, dass ein Wahltermin festgesetzt worden ist, «bevor gründlich darüber beraten und entschieden worden ist, wie der Gewalt Einhalt geboten werden kann».

## Gemeinsame Sicherheitskräfte?

In Südafrika wird derzeit heiss darüber diskutiert, neue gemeinsame Sicherheitskräfte aller Konfliktparteien zu bilden. Aber Regierung und ANC verstehen darunter nicht das gleiche. Nach den Vorstellungen des ANC sollen diese neuen Sicherheitskräfte die bisherige Armee und Polizei ablösen.

Letztlich laufen die ANC-Vorstellungen darauf hinaus, Armee und Polizei zu unterwandern, denn der ANC könnte die mannschaftsstärksten paramilitärischen Einheiten – seines «Speer der Nation» genannten militärischen Flügels – mobilisieren. Abgesehen davon, ist es unvorstellbar, dass ANC-Bewaffnete zusammen mit solchen der Zulu-Inkatha oder weisse Rechtsradikale der «Afrikaner Weerstandsbewegung» (AWB) zusammen mit Linksextremisten des «Pan Africanist Congress» (PAC) die Townships überwachen.

Der PAC beispielsweise macht für sich Reklame mit der «Ermordung von Dutzenden von Polizisten» und propagiert, er werde auch fünf Millionen Tote in Kauf nehmen, «wenn am Ende des Demokratisierungsprozesses eine wirklich freie Gesellschaft steht».

Die NP-Regierung denkt nicht daran, die Kontrolle über die Sicherheitskräfte abzugeben. Ihr schweben die neuen gemeinsamen Sicherheitskräfte als eine Art Hilfstruppe vor.

# Margot Vögele: Eine Rheintalerin, die zupackt!

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Ich hoffe, dass unsere Kommunikationskultur nicht ganz verlorengeht. Wir sollten uns inskünftig vermehrt darum bemühen, Leute zu verstehen, die anders denken und handeln. Dies heisst aber auch mehr Respekt vor der Person und mehr Akzeptanz der eigenen persönlichen Meinung.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Der steigende Rassismus unter der Bevölkerung und die Diskriminierung sozial benachteiligter Menschen.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Die Linse: Weil dieser Gegenstand die Möglichkeit eröffnet, Dinge optisch zu erfassen, die man sonst nicht bewusst wahrnimmt.

Den Fernsehapparat: Er fördert die passive Informationsaufnahme und macht die Kommunikation kaputt.

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

## Kurzbiographie

### Margot Vögele

**Zur Person:** Rheintalerin, begeisterungsfähig und optimistisch, ledig.

**Alter:** 28.

**Berufliche Stationen:** Ausbildung als «Bürogummi» (Handelsschule), verschiedene Tätigkeiten innerhalb der Kommunikationsbranche, PR-Assistentin-Ausbildung am SAWI, anschliessend berufsbegleitende Ausbildung zur Werbeassistentin, ebenfalls am SAWI, zwei Jahre in Zürcher Werbeagentur als



Die junge Rheintalerin wüsste ein paar kritische Fragen an Adolf Ogi und würde Richard von Weizsäcker den Friedensnobelpreis verleihen.

Das Rheintal. Weil es seine Eigenart hat und ein schönes, fruchtbares und sonniges Tal ist. Schliesslich sind es auch diese Eigenschaften, die den Charakter des «Rheintalers» geprägt haben.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Dass wir in der Schweiz von einer multikulturellen Vielfalt sprechen, die Toleranz gegenüber Andersdenkenden aber nicht aufbringen.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russels einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?**

Junior-Beraterin, gegenwärtig freie Mitarbeiterin einer grösseren Berner Werbeagentur.

**Politischer Werdegang:** Vor drei Jahren Parteieintritt bei der Ortspartei Oberriet, im Ortsparteivorstand als Aktuarin seit zwei Jahren; Gründungsmitglied und Präsidentin der am 6. Januar dieses Jahres gegründeten Jung-FDP Oberriet.

**Liebste Tätigkeit:** Fotografieren, Diskutieren, Lesen und Sport. □

Teilweise. Um über Minderheiten einen Fortschritt erzielen zu können, ist meist ein Kompromiss nötig. Kompromisse sind auch Rückschritte. Andererseits ist es meist die Minderheit, die ihre Stärke in der Gemeinsamkeit präsentiert. Diese Gemeinsamkeit und die Stärke lösen nicht selten einen Denkprozess aus.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Weil ich in der Jung-FDP und der FDP auch wirklich die Möglichkeit habe, meine Ideologie zu vertreten, so wie es der Liberalismus auch vorsieht. Im weiteren schätze ich auch die Selbstverantwortung, die den Jungen eingeräumt wird.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

Richard von Weizsäcker.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Durch eine glaubwürdige Politik, die in einfacher, verständlicher Sprache transferiert wird und somit beim Empfänger auch so ankommt, wie sie gesendet wurde. Aber auch durch Ehrlichkeit und Fairness gegenüber anderen Politikern, der Öffentlichkeit und sich selbst.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Eigentlich bin ich überzeugter Single. Allerdings missfällt es mir, dass das Geschlecht sehr oft über politische Qualifikationen entscheidet. Es stört mich auch, dass die beiden Geschlechter gerne gegeneinander ausgespielt werden. Schliesslich haben auch Frauen in Politik und Beruf ihre Berechtigung.

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Stärke: Pragmatisch. Schliesslich kann ich über der «Sache» stehen und ein Problem praktisch und/oder sachlich anpacken.

Schwäche: Perfektionismus!

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

Es sind zwei: «Ich bin eine Frau aus Ägypten» von Jehan Sadat und «Konsumverhalten» von Kroeber-Riel.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Körperlich: Sport.  
Geistig: Autogenes Training, Lesen, Diskutieren.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Das Rad der Zeit zurückdrehen und manche Dinge anders machen.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

Adolf Ogi: Weil es mich interessieren würde, wie es sich in einer Partei arbeiten lässt, wo das Wort Solidaritätsprinzip ein Fremdwort ist. □



# Handbuch zum Steuersparen

Die erste Auflage des Buches «Persönliche Steuerplanung»\* war 1991 innert kurzer Zeit vergriffen. Dies zeigt das grosse Bedürfnis nach einer umfassenden Darstellung der Möglichkeiten, wie Steuern im Privatbereich eingespart werden können.

In einer leicht verständlichen Sprache, mit Hilfe zahlreicher Fallbeispiele, Checklisten und Tabellen wird praxisnah gezeigt, wie unter Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten die Steuerbelastung von Hoch- und Doppelverdienern erheblich und dauernd gesenkt werden kann. Steuerliche Überlegungen müssen mit der Vermögensanlage und den Versicherungen koordiniert wer-

den. Das Ergebnis: tiefere Steuern, erhöhte Renditen nach Steuern und bedürfnisgerechte Versicherungsdeckungen.

Der weitgespannte Themenkreis umfasst u. a.:

- steueroptimaler Kauf/Verkauf von Wertschriften, Liegenschaften, Beteiligungen und Unternehmungen;
- Steuern sparen mit Lebensversicherungen und Renten;
- steuersparende Umschichtung von Wertpapierportefeuilles;
- steueroptimaler Wohnsitz;
- Steuerplanung für Kadermitarbeiter, Familienaktionäre, Selbständigerwerbende;

\* Persönliche Steuerplanung – Ein Handbuch für Unternehmer und Kadermitarbeiter, 2. überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage, Cosmos Verlag, Muri bei Bern, 1992, 548 Seiten, Format 15,5x23 cm, gebunden, Fr. 240.–.

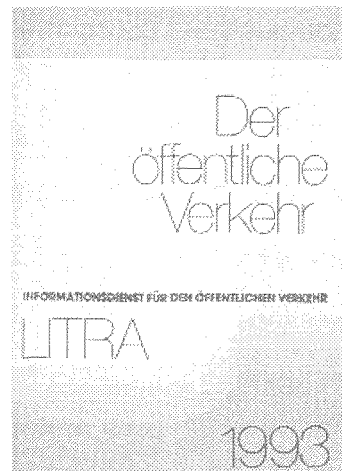
- Steuerplanung bei der beruflichen und privaten Vorsorge;
- steueroptimale Firmengründung;
- steuerliche Optimierung der Geschäftsnachfolge;
- Steueroptimierung im Güter- und Erbrecht, bei Trennung und Scheidung sowie eheähnlichen Verhältnissen.

Die kantonalen und eidgenössischen Besteuerungsregeln werden verständlich und prägnant dargestellt. Steuerbelastungstabellen für alle Steuerarten sind eine grosse Hilfe. Den Beratern (Treuhänder, Steuerberater, Rechtsanwälte, Versicherungs- und Anlageberater) ist das Buch ein praxisnahes Nachschlagewerk und eine Fundgrube für neue Ideen in der Kundenberatung. □

## Daten und Fakten zum Verkehr

Gemäss der neusten Litra-Statistik vergaben die Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs 1991 für 4156 Millionen Franken Aufträge an unsere einheimische Wirtschaft. Damit überschritten die Transportunternehmungen erstmals die 4-Milliarden-Grenze. Gegenüber 1990, als die Transportunternehmungen mit einem Auftragsvolumen von 3297 Millionen Franken bereits erstmals die 3-Milliarden-Grenze hinter sich gelassen hatten, stiegen die Vergebungen um 859 Millionen Franken oder 26 Prozent.

Mit den 4156 Millionen Franken an Aufträgen sicherten die Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs direkt und indirekt 108 000 Arbeitsplätze. Bei den Zulieferbetrieben befinden sich die gesicherten Arbeitsplätze vor allem in der Maschinenindustrie (Rollmaterial und Fahrzeuge), dem Baugewerbe und in der Metallindustrie, ferner auch bei den Dienstleistungen, in der Papier-, Holz- und Textilindustrie, im graphischen Gewerbe, in der chemischen Industrie und in den Unternehmungen für Büromaterial sowie Brenn-



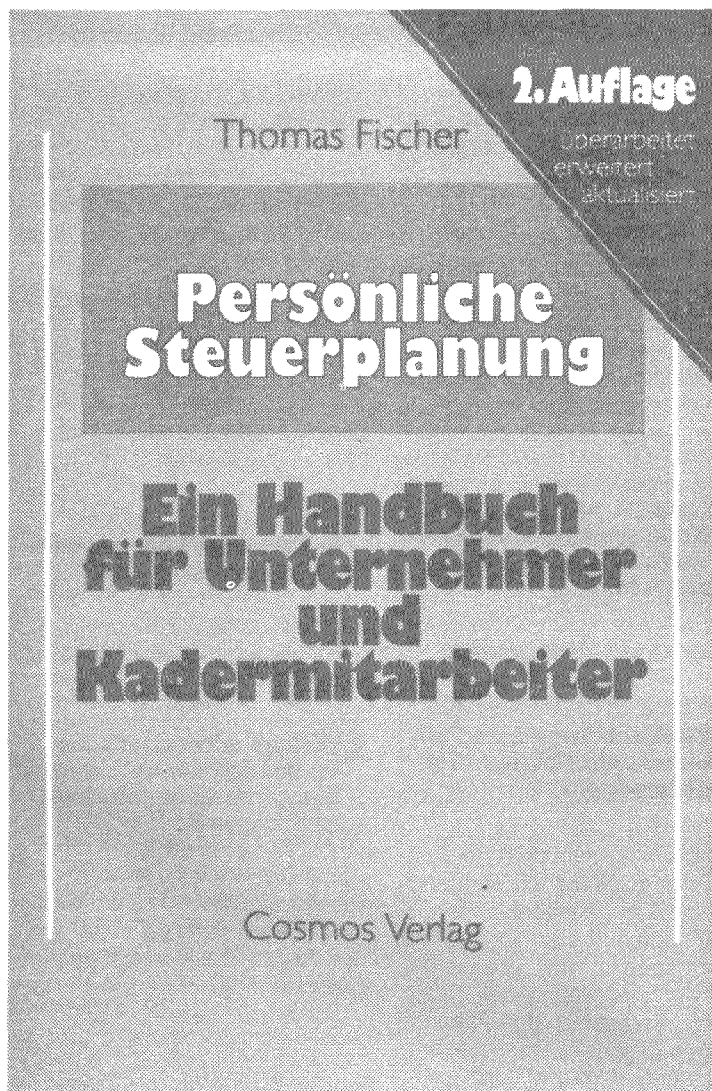
und Treibstoffe. Bei den Vergabungen stehen die Schweizerischen Bundesbahnen mit 2887 Millionen Franken an der Spitze.

Es folgen die Privatbahnen mit 383, der Postautodienst mit 261, die Zahnrad- und Seilbahnen mit 228, die Nahverkehrsmittel mit 225 und die konzessionierten Automobilunternehmungen mit 172 Millionen Franken.

Das sind einige Zahlen aus der soeben erschienenen Litra-Statistik 1993. Die Litra-Statistik enthält überdies wiederum die neusten Energieverbrauchsdaten, aufgeteilt nach Verbrauchergruppen, die Verkehrsanteile aller Verkehrsträger im Personen- wie im Güterverkehr, Angaben über die Sicherheit beim Reisen, die Anzahl Fahrgäste, die Netzlänge, die finanzielle Situation der öffentlichen Verkehrsmittel u. a. m.

Die Daten und Fakten sind übersichtlich und leicht erfassbar dargestellt. Die handliche Publikation richtet sich an alle an der Verkehrspolitik und dem Verkehrswesen, der Wirtschaft und dem Umweltschutz interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Sie kann kostenlos gegen ein mit 60 Rappen frankiertes Kuvert bezogen werden beim Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr Litra, Postfach 7123, 3001 Bern, Telefon (031) 22 20 43 (ab 25. September [031] 311 20 43). □







Mit ihrer jüngsten Lagebeurteilung im Asylwesen hat die FDP eine Kontroverse ausgelöst. (Photo Keystone)

# Keine Mosaik- gesell- schaft

Vor etwa einem Monat hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) mit einer Lagebeurteilung im Asylwesen eine Kontroverse ausgelöst. Informationen, die man als Echo auf derartige Lagebeurteilungen erhält, können dazu führen, dass der Stellenwert eines Problems zu reduzieren ist. Es kann aber auch sein, dass sich Ausgangspunkt und Konsequenzen dieser Beurteilung bestätigen. Die uns in der Zwischenzeit zugegangenen Informationen bestätigen uns in unserer Beurteilung.

**Nationalrat Franz Steinegger, Präsident FDP Schweiz\***

Wenn städtische Polizeistellen behaupten, dass sich der Drogenstrassenhandel fast ausschliesslich in der Hand von Ausländern befindet, davon etwa zur Hälfte bei Asylbewerbern, wenn Drogenkonsumenten als Auskunftspersonen freiwillig zu Protokoll geben, man könne «schlichtweg sagen, dass überall bei Asylantenunterkünften auch Stoff bezogen werden kann», wenn Gemeinden straffällige Asylgesuchsteller monatelang betreuen müssen, wenn bei Razzien der Polizei über die Hälfte der verhafteten Strassendealer Asylbewerber sind, dann kann man nicht behaupten, alles sei bestens, ohne sich zum Kom-

plizen zu machen. Der Hinweis auf die Ausnahmefälle ist zwar richtig, hilft aber nicht. Es geht eben darum, diese Missbräuche, diese provozierenden Tatbestände zu verunmöglichen, damit nicht verallgemeinert werden kann.

### Missbräuche

Wir werden diese Missstände bekämpfen, auch wenn gewisse Leute die Diskussion mit Populismus- und Rassismuskorrekturen tabuisieren möchten. Wer vor derartigen Missständen die Augen verschliesst, betreibt humanitären Kitsch. Wir wollen diese Missstände beseitigen, weil wir wenig Interesse haben, den Fremdenfeinden für jedermann einsichtige Begründungen für ihre Geschäfte zu liefern.

Es ist eben nicht genug, vor Ausländerfeindlichkeit zu warnen – wir müssen die Probleme angehen, weil



Franz Steinegger: «Es ist nicht genug, vor Ausländerfeindlichkeit zu warnen, wir müssen die Probleme angehen.» (Photo Stahl)

uns – der Bundesratspartei – sonst die Bevölkerung die Absicht, den Willen und die Kraft abspricht, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Wir wollen am Erstarken der Ausländerfeindlichkeit nicht mitschuldig werden. Die Beschäftigungsstatistik enthält ausländerpolitische Sprengsätze genug, ohne dass wir die Ausländer- und Asylpolitik auch noch mit kriminellen Missbräuchen belasten können.

Wenn man die Kommentare gewisser Behördenvertreter und gewisser Zeitungen verfolgt hat, dann hatte man den Eindruck, dass im Asylbereich das Argument und der Sachverhalt als obszön gelten, dass die praktische Vernunft auszu-schalten ist. Man verlangt nach Betroffenheitsgesten und Gefühl und kritisiert das «Objektive», die Verantwortung und

die Ordnung. Man will keine Probleme lösen, sondern sie nur ausdrücken, erörtern, ertragen oder noch besser verschweigen. Diese moralisierende Kitschpolitik ist nicht unsere Art, Politik zu machen.

### Kein Freipass

Asylgesuchsteller sind Leute, die behaupten, in ihrem Herkunftsland an Leib und Leben gefährdet zu sein. Auch in einer humanitären Güterabwägung kann deshalb ein Asylgesuch kein Freipass sein, um im Gastland andere an Leib und Leben gefährden zu können und als Folge nicht heimgeschick zu werden. Das Asylgesuch ist kein Schutzbrief, um die Gesetze des Gastlandes ohne Gefahr der Rückschaffung übertreten zu können, sondern um Schutz vor Übergriffen im Herkunftsland zu erhalten. Dies gilt bei

Fortsetzung auf Seite 6

\* Auszug aus der Eröffnungsansprache, gehalten an der ausserordentlichen DV vom 21. August 1993 in Frauenfeld.

Fortsetzung von Seite 5

der Einreise und beim Aufenthalt in der Schweiz.

## Positionen

Wir haben in der Schweiz Religionsfreiheit und Religionsfrieden in einem harten Kampf teuer erkämpft. Die Liberalen haben dabei die führende Rolle gespielt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Liberale die Arbeit des Bundesgerichtes auf der Gratwanderung zwischen bürgerlichen und religiösen Ansprüchen sorgfältig verfolgen. Bei der Frage des Schwimmunterrichts für Angehörige der islamischen Religion mussten diese Fragen gestreift werden.

Für das Zusammenleben von Inländern und Ausländern sind wir der Meinung,

- dass die Grundwerte unserer Verfassung respektiert und anerkannt werden müssen,

- dass die Eingliederung in unser Schul- und Berufsleben notwendig ist,

- dass die Trennung zwischen religiöser und bürgerlicher Sphäre anerkannt werden muss,

- dass wir nicht die innenpolitischen Probleme anderer Länder importieren wollen, um Unruhen und unbewilligte Demonstrationen in der Schweiz haben,

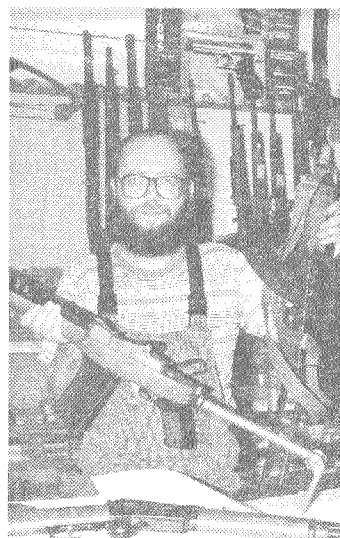
- dass unser Land nicht zum Kampfplatz fremder Ideologien gemacht werden darf. Der für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Schweiz erforderliche Grundkonsens über die schutzwürdigen Rechtsgüter darf nicht in Gefahr geraten.

Wir werden unsere Willens- und Wertegemeinschaft verteidigen. Dem steht die Toleranz gegenüber anderen Lebensweisen in unserer Mitte nicht entgegen. Diese anderen Lebensstile können als individuelle Lebensausdrücke in den Grenzen des Rechts Respekt beanspruchen. Dies bedeutet aber nicht, dass kollektiv in der Schweiz die Gleichrangigkeit mit den kulturellen Wertsetzungen der Inländer beansprucht werden kann. Dabei geht es keineswegs um Blutbande, sondern um die Zuwendung und Zuordnung zum Gemeinwesen Schweiz, das integrieren will, aber keine Mosaikgesellschaft will. □

# Eine breite Themenpalette

**Über fünf Vorlagen werden die schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 26. September 1993 abstimmen können, drei davon auf Verfassungsebene. Gegen zwei dringliche Bundesbeschlüsse wurde das Referendum ergriffen, so dass auch hier das Volk entscheiden kann. Noch schlägt keine der Vorlagen hohe Wellen. Viel mehr beschäftigt die Gemüter dagegen bereits die Mehrwertsteuervorlage, die am 28. November 1993 zur Abstimmung kommt. Aber auch am 26. September geht es um Themen wie die Arbeitslosenversicherung oder die Prämien- und Kostensteigerungen in der Krankenversicherung, bei denen durch den Ausgang der Abstimmung wichtige Vorentscheidungen im Hinblick auf die anstehenden Gesetzesrevisionen gefällt werden.**

◉ Anna-Marie Kappeler



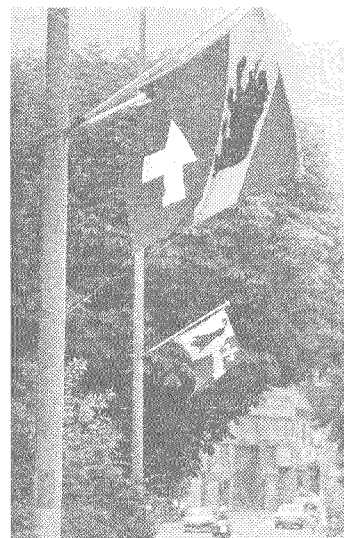
## Waffenmissbrauch

Durch einen neuen Verfassungsartikel soll der Bund ermächtigt werden, ein eidgenössisches Waffengesetz zu erlassen. Ziel ist die Bekämpfung von Missbräuchen. Heute sind für das Waffenrecht die Kantone zuständig. Diese haben sich zwar 1969 auf gemeinsame Bestimmungen geeinigt, zahlreiche Lücken aber bleiben bestehen.

Die Schweiz hat international bezüglich Waffen einen schlechten (bzw. in Verbrecherkreisen möglicherweise «guten») Ruf. Oft schon wurden bei Verbrechen in der Schweiz erworbene Waffen verwendet, unser Land daher auch schon als Selbstbedienungsladen für den Waffenkauf bezeichnet.

Ein erster Versuch, diesem Missstand entgegenzuwirken, scheiterte 1982 insbesondere daran, dass Wehrmänner, Jäger, Schützen und Sammler fürchteten, auf althergebrachte Rechte verzichten zu müssen.

Der Bundesbeschluss gegen den Waffenmissbrauch hat aber ein klar deklariertes Ziel: die Schaffung eines Waffenrechts zur gesamtschweizerischen Bekämpfung von Missbräuchen im Interesse aller. Angesichts der beängstigenden Entwicklung der internationalen Verbrechenszene sind heute auch alle Kantone davon überzeugt, dass dies die richtige Lösung ist. Das Parlament befürwortete den neuen Verfassungsartikel mit grosser Mehrheit. □



## Kantonswechsel Laufental

Im Kanton Bern löst die Frage über den Kantonswechsel des Laufentals noch immer viele Emotionen aus. Von der Sache her und angesichts einer langen Vorgeschichte, die nicht in allen Belangen glücklich verlief und auch das Bundesgericht beschäftigt hat (was eine Wiederholung der Abstimmung von 1983 zur Folge hatte), ist das verständlich.

Immer wieder wird auch darauf hingewiesen, dass das Laufental mit einer knappen Mehrheit getroffen hat. Sollte es innerhalb unserer Landesgrenzen erneut zu einer Gebietsveränderung kommen, so hat man aus diesen Fehlern gelernt. Im laufenden Spiel aber sollten, so die Meinung einer Mehrheit im Parlament, die Spielregeln nicht geändert werden.

Durch die Schaffung des Kantons Jura im Jahre 1979 wurde das Laufental zu einer Exklave. Er konnte daher entscheiden, ob er bei Bern bleiben oder sich einem Nachbarkanton anschliessen wolle.

Rein rechtlich gesehen handelt es sich bei der kommenden Abstimmung um den letzten Schritt einer Reihe von demokratisch gefällten Entscheidungen: Gemäss Bundesverfassung müssen Volk und Stände dem Übertritt des Laufentals nun ebenfalls noch zustimmen, nachdem sich das Laufental (1989) und die Kantone Basel-Landschaft (1991) und Bern (1970) bereits dafür ausgesprochen haben. □



## 1. August-Initiative

Es gibt in der Politik wichtigere und weniger wichtige Dinge, die einer Entscheidung harren. Den Leserinnen und Lesern des «Freisinns» sei selber überlassen, in welche Kategorie sie die Volksinitiative «für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag (1.-August-Initiative)» einordnen wollen.

Die Schweizer Demokraten (SD) haben das Verdienst, dieses Thema in der öffentlichen Diskussion aufgeworfen zu haben. Und siehe da, eigentlich ist niemand (ausser als Organisation bisher das «Centre patronal») gegen einen freien Arbeitstag, pardon arbeitsfreien Bundesfeiertag. Den gab es zwar schon bisher in vielen Kantonen, in anderen aber wurde halbtags gearbeitet.

Einen in der Verfassung verankerten 1. August erachten die Schweizer Demokraten als Notwendigkeit, sie sprechen ihm «staatspolitische Tragweite und Symbolik» zu. So soll denn also die Bundesverfassung mit Art. 116<sup>bis</sup> wie folgt ergänzt werden: «Der 1. August ist in der ganzen Eidgenossenschaft Bundesfeiertag. Er ist arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt. Einzelheiten regelt das Gesetz.» □



## Krankenversicherung

Die Geschichte um die Kosten im Gesundheitswesen ist lang und kompliziert. Eine grundlegende Reform der Krankenversicherung (KVG) ist unbedingt nötig und wird für Januar 1995 vorbereitet.

Mit Dringlichen Bundesbeschlüssen «über befristete Massnahmen gegen die Kostensteigerung in der Krankenversicherung», welche bis Ende 1994 gelten, haben Bundesrat und Parlament bereits die Notbremse gezogen.

- Ein erster Beschluss regelt unter anderem den Risikoausgleich zwischen den Kassen gerechter und plafoniert die Verwaltungen.

- Ein zweiter Beschluss plafoniert die Tarife und Mitgliederbeiträge und führt die Beteiligung an den Spitalkosten in einer sehr moderaten Form ein.

Gegen diesen einen Punkt nun wendet sich das Referendum, das die Partei der Arbeit (PdA) ergriffen hat. Die PdA erachtet zehn Franken pro Spitaltag, notabene auf jährlich 500 Franken limitiert und mit Ausnahmen unter anderem für werdende Mütter und Chronischkranke, als «Feudalsteuer».

Mit ihrem Referendum bezieht die Linke erste Positionen im Hinblick auf die KVG-Revision. Das ist der Hintergrund eines Referendums, das inhaltlich und zeitlich – 15 Monate vor der Inkraftsetzung eines neuen Gesetzes – Kopfschütteln auslöst. □



## Arbeitslosenversicherung

Der Dringliche Bundesbeschluss «über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung» bildet die umstrittenste und folgenschwerste Vorlage. Mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und der SPS auf der einen, der Arbeitgeberseite auf der anderen Seite hat sich auch eine «unheilige Allianz» formiert.

Worum geht es? Der Bundesbeschluss verbessert den Schutz der Langzeitarbeitslosen, indem er den Taggeldanspruch von 300 auf 400 Tage verlängert, und erleichtert ihre Wiedereingliederung.

Die Linke hat dagegen das Referendum ergriffen, weil sie die Kürzung des Taggeldes für einen Teil der Arbeitslosen (ohne Familienpflichten und mit Höchstsatz) als unzumutbar erachtet. Sie nimmt dafür in Kauf, dass Langzeitarbeitslose wieder auf einen Versicherungsschutz von nur 300 Tagen zurückfallen.

Auch hier werden – wie bei der Krankenversicherung – im Hinblick auf die kommende Gesetzesrevision bereits Positionen bezogen. Während die einen also die Verschärfung des Taggeldansatzes nicht mehr akzeptieren können, geht der Arbeitgeberseite der Ausbau bei den Langzeitarbeitslosen bereits viel zu weit. – Ein harter Verteilungskampf zeichnet sich ab. (Photos Keystone)

### Personlich



#### Ulrich Fischer

FDP-Nationalrat Ulrich Fischer (AG) war es, der die Idee des Umzuges des Parlamentes nach Genf hatte. Fraktionskollege Peter Tschopp aus dem Kanton Genf hat ihn dann tatkräftig unterstützt und die nötigen Kontakte hergestellt. – Ehre, wem Ehre gebührt.



#### François Loeb

FDP Nationalrat François Loeb ist bekannt für originelle Ideen. Seine jüngste (aber sicherlich nicht letzte): die NEAT zu einem international einmaligen Kunstwerk «NEART» machen. Mehr dazu bei F. L., Postfach, 3074 Muri.



#### Peter Spälti

Der jung gebliebene Altnationalrat Peter Spälti (FDP ZH) macht immer wieder von sich reden. Wer war es, der jüngst Michail Gorbatschew und damit die ganze Schweizer Prominenz nach Montreux lockte? Spälti himself natürlich.



#### Peter Arbenz

Als «Troubleshooter» von Elisabeth Kopp wurde er nach Bern geholt, als asylpolitischer Vordenker hat er Mitte Jahr das Bundesamt für Flüchtlinge verlassen: Peter Arbenz. Er hat eine äusserst schwierige Arbeit sehr gut gemacht. Hut ab.

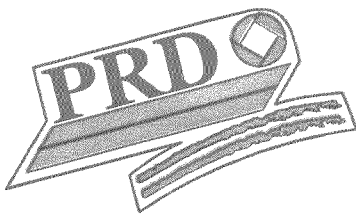


#### Urs Scheidegger

Mit Urs Scheidegger steht dem Bundesamt für Flüchtlinge nach Arbenz wieder ein Freisinniger vor. Scheidegger ist in Bern als ehemaliger Solothurner FDP-Nationalrat natürlich bestens eingeführt. □



# FDP-Pin – FDP-Pin – FDP-Pin



**Ab Ende September stehen die FDP-Pins deutsch, französisch und italienisch zur Verfügung.**

**Die Auflage ist numeriert und limitiert (total 5000 Stück)**

Wir bestellen \_\_\_\_\_ Stück FDP-Pin in Deutsch à Fr. 5.–  
Wir bestellen \_\_\_\_\_ Stück FDP-Pin in Französisch à Fr. 5.–  
Wir bestellen \_\_\_\_\_ Stück FDP-Pin in Italienisch à Fr. 5.–  
und Porto und Verpackung

Wir bestellen \_\_\_\_\_ Set FDP/PRD/PLR-Pins à Fr. 15.–  
inkl. Porto und Verpackung

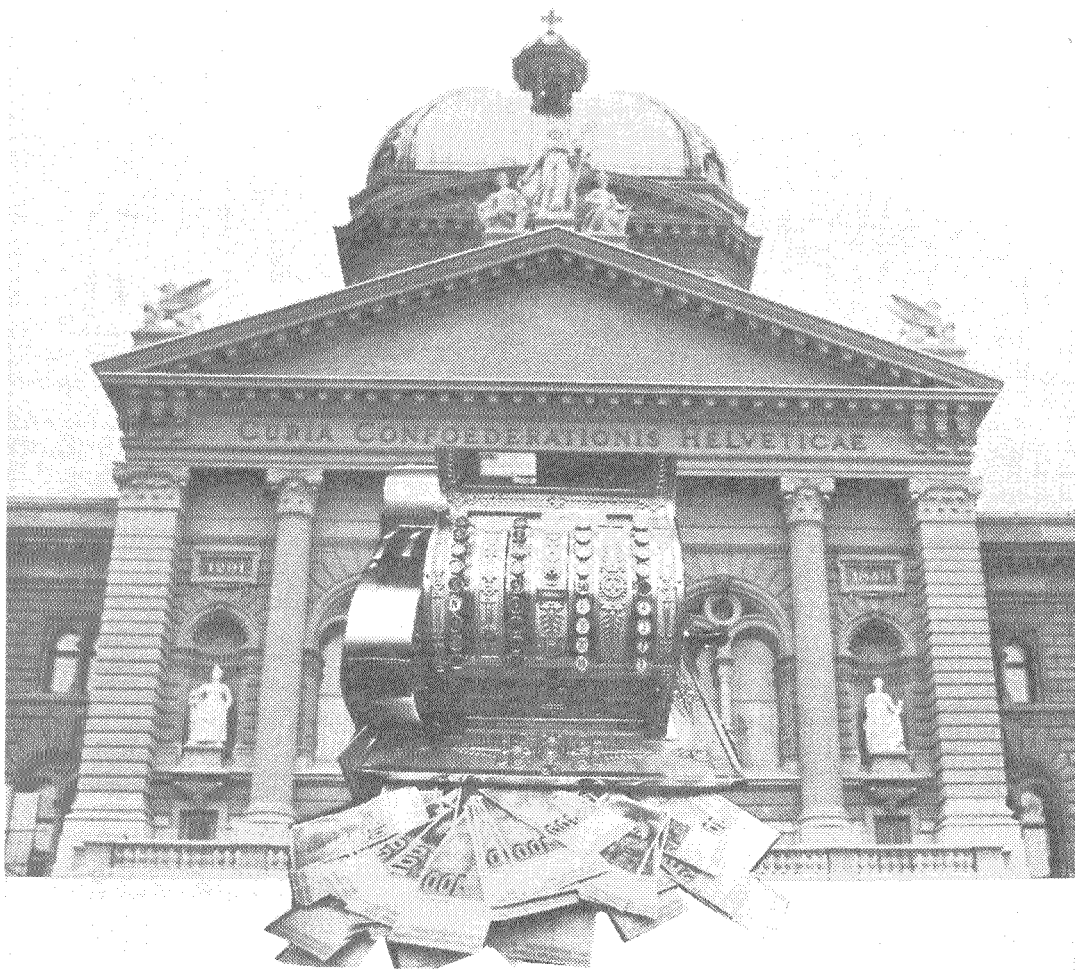
Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax an (031) 21 19 51



Der Bund braucht eine zukunftsorientierte Steuerordnung.

(Photo Keystone)

## Systemwechsel: Viele Vorteile

**Die neue Finanzordnung, die die Erhebung der direkten und indirekten Bundessteuern neu regeln soll, steht. Die eidgenössischen Räte haben die Vorlage am 18. Juni verabschiedet. Die Volksabstimmung wird am 28. November stattfinden.**

### Ständerat Kurt Schüle (SH)

Volk und Stände werden gleichzeitig über vier Vorlagen zu befinden haben.

● Der zentrale «Bundesbeschluss über die Finanzordnung» enthält den Systemwechsel von der Allphasen- zur Mehrwertsteuer bei einem unveränderten Steuersatz von 6,2 Prozent und die Verlängerung der direkten Bundessteuer. Sowohl die direkte wie die indirekte Bundessteuer werden bis Ende 2006 befristet. Während der ersten fünf Jahre nach dem Systemwechsel werden pro Jahr fünf Prozent der Mehrwertsteuer «für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung zugunsten unterer Einkommenschichten verwendet», ist in diesem Grundbeschluss im

Sinne eines Sozialausgleiches festgehalten.

● In einem zweiten «Bundesbeschluss über einen Beitrag zur Gesundung der Bundesfinanzen» wird ein Zuschlag von 0,3 Prozent beantragt, was zusätzliche 500 Millionen Franken für die Bundeskasse bedeutet.

● In einem dritten «Bundesbeschluss über Massnahmen zur Erhaltung der Sozialversicherung» wird bestimmt, dass der Umsatzsteuersatz um 1 Prozent angehoben werden kann zur Sicherstellung der AHV-Finanzierung, sofern dies auf Grund des Altersaufbaus nötig wird, wobei ein solcher Beschluss allerdings dem fakultativen Referendum zu unterstellen ist.

● Und schliesslich geht es in einem vierten «Bundesbeschluss über besondere Verbrauchssteuern» um die aus-

senwirtschaftlich bedingte Umwandlung von Zöllen in Verbrauchssteuern.

Die eidgenössischen Räte haben lange um die materielle und formelle Ausgestaltung der Abstimmungsvorlage gerungen. Bereits im Frühjahr hat das Parlament 300 Mio. Franken für ein kurzfristiges Beschäftigungsprogramm bewilligt, als eine der von den Sozialdemokraten verlangten flankierenden Massnahmen. Der Sozialausgleich für die Krankenversicherung und der potentielle Steuerzuschlag zur AHV-Finanzierung waren weitere Entgegenkommen der bürgerlichen Ratsseite.

Andererseits wurde aber gegen den Willen von Bundesrat und SP beschlossen, dem Stimmbürger den Systemwechsel und die Satzerhöhung von 6,2 auf 6,5 Prozent separat vorzulegen.

Damit dürften die Abstimmungschancen für alle Teile der neuen Finanzordnung optimiert worden sein. Eine Koppelung von Systemwechsel und Satzerhöhung wäre von

weiten Kreisen der Wirtschaft, insbesondere vom Gewerbe, nicht goutiert worden.

Diese Kreise stehen indes heute ebenfalls mit in der Verantwortung, um dem Bund zu einer zukunftsgerichteten Steuerordnung zu verhelfen.

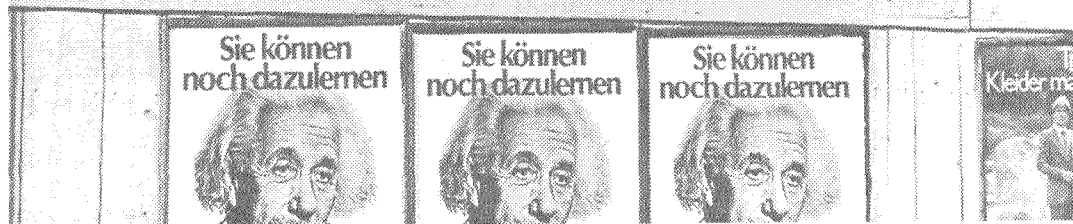
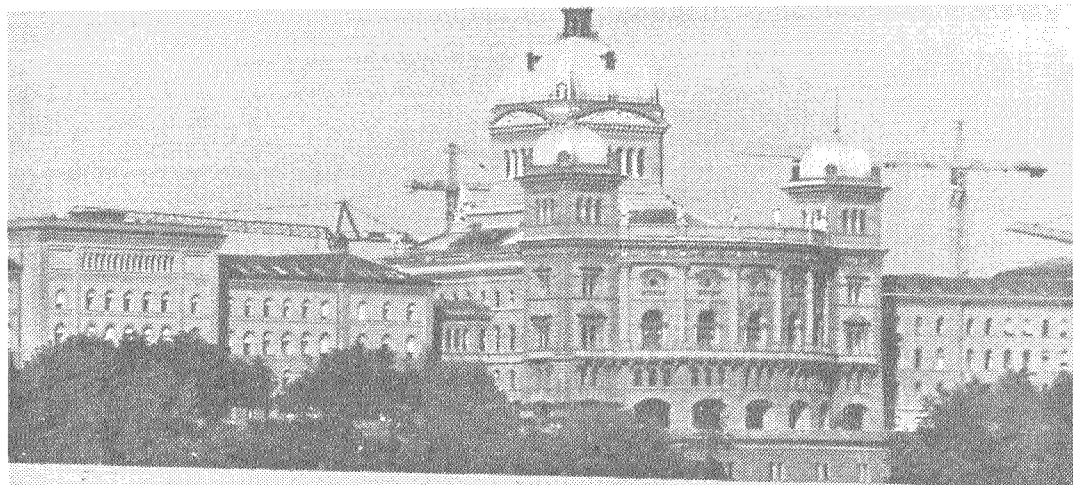
Eigentlich müssten heute alle am selben Strick ziehen und der Finanzordnung zum Durchbruch verhelfen. Ein Scheitern der Finanzordnung mit ihrem Kernstück einer modernen Umsatzsteuer wäre vorerst einmal für den Bundeshaushalt schlecht. Es bliebe nichts anderes übrig, als die stark konjunkturrempfindliche Warenumsatzsteuer mit unverändertem Satz weiterzuführen.

Demgegenüber wäre die neue Finanzordnung ein wesentliches Element im Sinne der Revitalisierung unserer Wirtschaft. Die rasche Ausmerzungen der wettbewerbsverzerrenden und investitions-hemmenden Taxe occulte hätte positive Impulse für die Schweizer Wirtschaft und ihre Investitionstätigkeit zur Folge.

Wem die rasche Behebung der rezessionsgeplagten Wirtschaft ein Anliegen ist, der muss sich hinter diesen Systemwechsel stellen.

Längerfristig wirft die Mehrwertsteuer einen verhältnismässig höheren Ertrag ab, weil sie nicht auf einen überholten Warenkorb abstellt, sondern neben den Gütern auch die Dienstleistungen belastet, die in unserer Volkswirtschaft einen immer höheren Anteil ausmachen. Nur mit diesem Systemwechsel wird unsere indirekte Bundessteuer auch europafähig.

Schliesslich dürfte der Zeitpunkt für einen Systemwechsel aus der Sicht des Konsumenten kaum je so günstig sein wie jetzt. Die negative Konjunkturlage lässt es als vollkommen ausgeschlossen erscheinen, dass die neue Steuer einfach auf die Abnehmer überwälzt werden kann. Die auf 1,6 bzw. 1,8 Prozent geschätzte Erhöhung des Landesindex der Konsumentenpreise ist unrealistisch und spiegelt den schlechtesten Fall, der selbst in einer überhitzten Wirtschaft nicht zwingend eintreten würde. □



Die differenzierte Stellungnahme zur Parlamentsreform und zu den Parlamentarierentschädigungen war wohl das Beispiel eines Fingerzeigs der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nach Bern. (Photo Keystone)

## Zurück zu den Wurzeln: Ein Diskussionsbeitrag

**Die innenpolitische Szene ist trübe: Rezession, Finanzprobleme auf allen Stufen, zumindest unschöne Bundesratswahlen, immer öfter: Nichtanerkennung demokratischer Entscheide. Angesichts der schwierigen Mehrheitsfindung und wegen immer drohender Initiativen oder Referenden werden Kompromisse frühzeitig eingegangen, und die Parlamente haben sich immer öfter mit Nebenproblemen zu befassen. Das Resultat sind oft Lösungen, welche eher die Qualifikation «verwässert» verdienen, als dass sie als ausgewogen zu bezeichnen wären. Vergewenigt man sich noch den Ruf der Parteien, der sich auch wegen der peinlichen Vorkommnisse in Italien und Deutschland allgemein verschlechtert hat, so muss man sich die Frage stellen, ob nicht doch etwas zu ändern wäre.**

**Hans Marti**

Wir haben die Konkordanz weit, vielleicht zu weit entwickelt. Wir glaubten bisher, dass Lösungen, die zwischen Interessenvertretern, Kantonen, politischen Parteien, der Verwaltung sowie der Exekutive und der Legislative ausgehandelt würden, wegen der daraus natürlicherweise sich ergebenden Politik der kleinen Schritte geradezu beispielhaft schweizerisches Staatsverständnis widerspiegeln.

Wir müssen uns aber fragen, ob diese Art zu politisieren uns nicht dazu geführt hat, dass wir vor lauter Prozedere die eigentliche Politik vergessen.

Wenn dies zutreffen sollte, so müssten wir – ohne die Kontrolle zu vernachlässigen – der Exekutive und der Verwaltung mehr Entscheidungsbefugnisse zugestehen und Legislative und Exekutive vom Alltagsgeschäft entlasten, um Zeit zu gewinnen, sich mit den wesentlichen Fragen: Wo steht die Schweiz? Wohin soll sie gehen? Welcher Weg führt dahin? zu befassen.

### Auswahlkriterien

Es ist dem Bürger oft nicht zu verübeln, wenn er glaubt, aus dem Verhalten unserer Politiker (vor allem wohl der Parlamentarier) ableiten zu müssen, deren Hauptanstrengungen

richteten sich vor allem auf eine erfolgreiche Wiederwahl. Wer nach höheren politischen Weihen strebt, hütet sich, ins Fettnäpfchen zu treten, um ja eine Wahl nicht zu gefährden.

Die Folge davon ist, dass wir über ganze Reihen mit telmässiger Exponenten verfügen: Sie sind zwar ausgewogen, aber sie haben kein Profil mehr.

### Regelungsdichte

Zugegeben, der Schweizer hat traditionell ein zwiespältiges Verhältnis zu Machtkonzentration (oder Entscheidungsspielraum) in der Hand von Exekutive und Verwaltung: Einerseits



Die Listenflut zeigt, wie zer splittert unsere Parteienlandschaft ist.

will er den Spielraum durch Gesetze einschränken und nimmt eine ganze Fülle von Regelungen in Kauf, um so die Gleichheit vor dem Gesetz zu garantieren. Andererseits wünscht er starke Führung.

Auch diese grundsätzliche Einstellung kann aber dazu führen, dass das Niveau der Exekutivorgane abnimmt: schwache Personen brauchen detaillierte Anweisungen, starke kämen mit wesentlich weniger aus.

Schlimmer ist allerdings die Erscheinung, dass überall dort, wo Regelungen fehlen, lieber nicht entschieden oder versucht wird, allgemein gültige Regelungen erst aufzustellen. Der Zeitverlust ist immens.

### Parteienlandschaft

Angesichts der Zersplitterung der Parteien (man denke an die Flut von Nationalratslisten) ist auch darauf eine Antwort zu suchen.

Wir haben nüchtern festzustellen, dass es Bürger gibt, die sich von den traditionellen Parteien absetzen oder den Weg dorthin nicht finden. Natürlich kann man feststellen, dass der Egoismus des satten Bürgers diesen dazu verführt, sich einer Bewegung zuzuwenden, die sich auf vordergründige Probleme beschränkt. Aber es gibt auch die anderen, jene, die sich von den traditionellen Parteien aus ehrlichen Motiven abwenden und etwas Neues suchen. Daraus folgt die selbstkritische Frage, ob wir genügend glaubhaft und



standhaft, auch hier ohne Rücksicht auf das Tagesgeschäft und politische Händel, die liberale Botschaft vertreten und sie vorleben.

Viel weniger als um Parteiprogramme, die sich wenig voneinander unterscheiden, ginge es also um die Prinzipien, die unser Handeln bestimmen. Der Bürger hat mit der differenzierten Stellungnahme zur Parlamentsreform und zu den Parlamentarierentschädigungen sicher einer gewissen Verärgerung Rechnung getragen. Er hat wohl berücksichtigt, dass allzuoft Parteipolitik vor der eigentlichen Politik Vorrang gewonnen hat, und er ist zu Recht über den Stimmzwang in gewissen Fraktionen empört.

In diesem Zusammenhang bin ich der Überzeugung, dass es oft richtiger wäre auf Parolen zu verzichten, statt dessen kritisch Pro- und Kontraargumente darzulegen und Stimmfreigabe zu beschliessen. Dies wäre glaubwürdiger, als vom eigenen Stimmvolk desavouiert zu werden.

### Zurück zu den Wurzeln

Wenn wir alle die gestellten Fragen kritisch angehen, so ist offensichtlich, dass ein Handlungsbedarf besteht: Unsere Entscheidungsmechanismen müssten rascher und durchsichtiger werden, unser Staat müsste greifbarer und begreifbarer werden, wir benötigten Behörden, die, vom Alltagsgeschäft entlastet, sich mit dem Zukunftsgeschäft befassen, und wir benötigten Verwaltungen, denen rascher zu arbeiten ermöglicht würde.

### Was wäre zu tun?

Die nachstehend skizzierten Massnahmen wären, auch wenn ihnen ebenfalls Mängel anhaften, geeignet, in den Hauptanliegen: raschere Entscheidungsmechanismen, greifbarer Staat, die besten Köpfe in die Politik, Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen.

### Raschere Entscheidungsmechanismen

- Erhöhung der Quoten für Initiative und Referendum entsprechend der heutigen Anzahl Stimmberechtigter: Wir immo-

bilisieren uns selbst, wenn unsere Behörden dauernd den Druck drohender Abstimmungen verspüren.

- Konsequente Ausnutzung des heute vorhandenen Entscheidungsfreiraums durch Verwaltung und Exekutive: Ausbau der Freiräume durch Abbau von Regelungen.

- Befreiung der Gerichte von Ballast: Wer mutwillig prozessiert, soll schadenersatzpflichtig werden: Rechthaben darf nicht mit Kosten verbunden sein, hingegen soll Unrechthaben teuer sein! Auf diesem Weg wäre wohl auch der Prozess der Stadt Zürich gegen die Überbauung längs der Sihlhochstrasse unterblieben.

- Abbau komplizierter Vernehmlassungsverfahren.

### Greifbarer Staat

- Gesetze und Verordnungen sollen für den Bürger lesbar und verständlich formuliert werden. Eine konsequente Befolgung des Grundsatzes der Einheit der Materie würde dieses wohl ebenso erleichtern wie die Hinterfragung jedes Textes nach dem eigentlichen Sinn einer Vorschrift.

- Verzicht auf Regelungen wo immer möglich durch die kritische Fragestellung: Was geht schief, wenn das Gesetz nicht erlassen wird?

- Ähnlich, wie mutwilliges Prozessieren belastet werden sollte, könnte auch das Ergreifen von Referenden oder Initiativen mit Kosten belegt werden. Im Interesse des Grundsatzes «Rechthaben soll kostenlos sein» wären demgegenüber im Erfolgsfall nicht nur diese Kosten, sondern auch gewisse Kostenpauschalen für Propaganda zurückzuerstatten.



Wir immobilisieren uns selbst, wenn unsere Behörden dauernd den Druck drohender Abstimmungen verspüren.

### Die besten Köpfe in die Politik

- Wir benötigen mehr Durchlässigkeit zwischen Staat und Wirtschaft. Ohne Zweifel böte die Rückkehr zum echten ehrenamtlichen Parlamentarier, aber auch der Verzicht auf hohe Versicherungsleistungen für Exekutive und Verwaltung die Chance, diese Durchlässigkeit zu erzwingen.

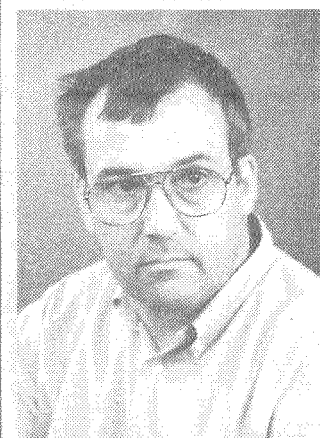
- Verzicht auf grosse Exekutiven: Unsere gewählten Politiker sollen sich im kleinen Team zu Lösungen durcharbeiten müssen. Gesucht sind demnach echte Bundesräte oder Regierungsräte und nicht nur Departementsvorsteher; gesucht sind profilierte Köpfe, welche über einen grossen geistigen Horizont verfügen. Sie müssen vor allem in der Lage sein, fachübergreifend zu denken und das Zukunftsgeschäft zu erkennen.

- Verzicht auf staatliche Unterstützung von Parteien und Fraktionen: wer zum Erfolg gezwungen ist, wird entweder zu Geld kommen oder untergehen.

### Falsche Hoffnung?

Man wird einwenden, die vorstehend skizzierten Gedanken seien in der Praxis untauglich. Andererseits haben wir uns ernsthaft mit der Absenz eines Grossteils unserer Bürger vom Staat auseinanderzusetzen und uns zu fragen, was wohl faul geworden ist. Ich gebe zu, dass mein Ansatz dazu führt, den Mandatsträgern als Rettungsgurt einzig ihr eigenes verantwortungsvolles Handeln zuzugestehen. Wer das Vertrauen nicht rechtfertigt, weil er zu schwach ist, oder wer

### Hans Marti



Jahrgang 1944, dipl. Bauingenieur ETH, Leiter eines Ingenieurbüros für Hoch- und Tiefbau, verheiratet, 2 Kinder, wohnhaft in Haslen GL.

Hans Marti: «Dass ich ausser einem Amt als Schulrat einer Sonderschule (und einigen militärischen Tätigkeiten) keine politischen Ämter versehe, ist wohl typisch für einen relativ bissigen Bürger!»

das Vertrauen missbraucht, wird scheitern: damit trägt er aber tatsächlich die Verantwortung und riskiert neben seinem Ruf auch sein wirtschaftliches Fortkommen.

Man mag auch einwenden, die diskutierten Massnahmen führten zu einem massiven Abbau der Volksrechte. Dem ist aber nicht so. Es geht nur darum, den falsch verstandenen Schutz von Minderheiten abzubauen und damit zu raschen Entscheidungen zu kommen. Der Schutz der Minderheiten (und jeder Bürger ist in mehreren aber verschiedenen Bereichen dazuzuzählen) kann nicht darin bestehen, dass es die Möglichkeit gibt, Initiativen oder Referenden zu ergreifen; er bestünde vielmehr darin, dass er dann, wenn der Zusammenhalt unseres Staates es erfordert, aus Einsicht tatsächlich gewährt wird. Als Bürger eines Landsgemeindekantons vertraue ich der Weisheit des Volkes, das in aller Regel gescheite Entscheidungen fällt.

Schon die angeregte Diskussion zum Thema wäre ein Schritt in die richtige Richtung. □

# Badrutts Palace Hotel, St. Moritz

Die Geschichte des berühmten St. Moritzer Palace Hotel schliesst verschiedene separate Chroniken ein: jene der eigentlichen Hotelerbauung, die der vielen Gäste, welche dem Hotel Leben und Seele gaben, und natürlich die Geschichte der Gründerfamilie, die das «Palace» sicher durch zwei Weltkriege und die grosse Weltwirtschaftskrise steuerte. Die «Palace»-Geschichte ist nicht nur die Chronologie eines Hotels, sondern gleichsam die Geschichte eines Klubs und familiärer Verbundenheit.

Es war Caspar Badrutt, der Grossvater der heutigen Hotelbesitzer, der das Grundstück und die darauf befindliche Pension Beau Rivage erwarb, um dort um das bestehende «Beau Rivage» herum ein luxuriöses Ferienhotel zu errichten und dieses nicht «Palace», sondern «St. Maurizio» zu nennen.

Handwerker aus ganz Europa wurden geholt, um das Interieur des Hotels zu gestalten, das ein Zürcher Unternehmen nach den Wünschen Caspar Badrutts entworfen hatte. Die ursprüngliche Konstruktion wies drei Stockwerke und 140 Zimmer auf. Besonderheiten des Hotels waren die geschlossene Veranda mit den riesigen Fenstern zum See hin und die Bogengänge der Halle – auch heute noch Blickfang für alle Besucher. Zu den damaligen öffentlichen Räumen gehörten ein Malzimmer für Damen und ein Rauchsalon für Herren sowie eine Bibliothek und ein Billardsalon – gemäss dem Lebensstil jener Epoche. Kurz vor Einweihung des Hotels zur Sommersaison 1896 (der Sommer war damals immer noch die Hauptsaison in St. Moritz) erschien Caspar Badrutt das von ihm geschaffene Haus so prächtig und einem Königspalast ähnlich, dass er im letzten Monat entschied, sein neues Hotel «Palace» zu nennen.

Nach der Eröffnung des «Palace» sah sich Caspar Badrutt mit unzähligen unterschiedlichsten Geschäften konfrontiert, so dass er seinen damals zweiundzwanzigjährigen Sohn Hans aus Paris zurückrief, der dort seine Hotelausbildung absolvierte. Hans Badrutts Stil und seine ganz persönliche Zuwendung zu sämtlichen Details des Hotels erbrachten während seiner fünfundsiebzigjährigen Tätigkeit die treue «Palace»-Clientèle, die Reputation

des Hauses und sein Cachet. Caspar Badrutt starb relativ jung im Jahre 1904, und es wurde Aufgabe seines Sohnes Hans, 1911 die erste Modernisierung des «Palace» durchzuführen, bei der zwei zusätzliche Stockwerke errichtet wurden und die Anzahl der Gästezimmer verdoppelt wurde. 1913

wurde das «Palace» um einen neuen Flügel erweitert, der das heutige Restaurant einschloss und Europas erste Tennishalle! Diese wurde – als weiterer Meilenstein – 1962 z. T. in den jetzigen King's Club umgebaut, der wiederum noch heute die bekannteste Diskothek der Region ist. Im Laufe der

Jahre gelang es Hans Badrutt, die gesellschaftliche «Crème de la crème» in sein Haus zu holen. Auch heute noch kehren diese Gäste Jahr für Jahr zurück – an den gleichen Tisch im Speisesaal, an den gleichen Platz in der Hotelhalle.

Auch unter Hans Badrutts beiden Söhnen, Andrea und Hansjürg Badrutt, blieb das «Palace» an vorderster Front der Entwicklung – und bewies, dass die traditionelle Gastfreundschaft der «Alten Welt» erfolgreich mit modernstem Hotelkomfort kombiniert werden kann.

1969 wurden durch den Bau einer Shopping-Arkade und eines Sportcenters Erscheinungsbild und Charakter des «Palace» weitergeprägt. 1981 erfolgten der Anbau einer Résidence mit 20 Appartements und die Strukturweiterung des bestehenden Sportcenters durch einen modernen Fitnessraum, eine Squash-Koje, eine Indoor-Golfanlage sowie Jacuzzi.

Im gleichen Zuge wurden dem Restaurant des Centers zwei Konferenzräume angeschlossen. Es wurden zudem das Aussenschwimmbad sowie die Gartenanlagen und alle Tennisplätze überholt, um dem «Palace» für die Sommerzeit – zu der das Engadin (ohne die Hitze der Städte und der überlaufenen Kurorte am Meer) landschaftlich und klimatisch besonders attraktiv ist – spezielle Anziehungspunkte zu verleihen.

Seine bedeutende Infrastruktur erlaubt es dem Palace Hotel, in der Winter- wie auch in der Sommersaison zahlreiche und namhafte Veranstaltungen abzuhalten – von den traditionellen Galaabenden, Shows und Ausstellungen im Winter bis hin zum beliebten «Palace»-Tennisturnier im Sommer und zu den in beiden Saisons jährlich wiederkehrenden Bridge- und Backgammon-Turnieren.

Dahinter steht stets das Bestreben, das Beste zu bieten und – gemäss der «Palace»-Devise – «das Beste seiner Art zu bleiben».

BADRUTT'S  
  
 PALACE  
 HOTEL ST. MORITZ

GRILL ROOM · RESTAURANT  
 ACAPULCO SNACK BAR

MEXICAN GARDEN BAR

HALLE (MIT PIANIST)  
 RENAISSANCE BAR

KING'S CLUB DISCOTHEK

Unter gleicher Leitung:

CHESA  VEGLIA

PATRIZIERSTUBEN  
 GARTENTERRASSE  
 PIZZERIA  
 BAR

ST. MORITZ

# Die Schweiz braucht einen neuen Generationenvertrag



Angesichts der Bevölkerungsentwicklung ist der bestehende Generationenvertrag stark gefährdet. (Photo Keystone)

**Langfristige Bevölkerungsprognosen verheissen für die Schweiz wenig Gutes. Die Zahl der Rentner wächst, während der zahlende Nachwuchs ausbleibt. Die anstehende 10. AHV-Revision kann deshalb nur eine Zwischenreform werden, da sich bereits heute grundsätzlichere Veränderungen aufdrängen.**

**Sven Bradke<sup>1</sup>**

Demographische Projektionen sind keine eindeutigen Prognosen. Bei jeder quantitativen Auseinandersetzung mit der Zukunft spielen die gewählten Annahmen und Szenarien eine entscheidende Rolle. Vorhersagen zur Bevölkerungsentwicklung verlangen konkrete Annahmen über Geburten-, Sterbe- und Wanderungsraten sowie über Veränderungen

dieser Raten im Zeitablauf. Von Bedeutung sind auch die gewählten Szenarien über politisch-institutionelle Regelungen wie etwa den Grad der Integration mit Europa oder die rechtliche Ausgestaltung des Asylwesens.

Trotz dieser modellhaften Beeinflussung der Resultate können demographische Untersuchungen sehr realitätsnahe Ergebnisse vorher-sagen.

Je kürzer der Betrachtungshorizont, um so «sicherer» sind die Prognosen. Dies hängt mit der relativen Stabilität der verschiedenen Wachstumsraten zusammen. Absolut falsche Prognosen sind nur dann möglich, wenn kriegerische Auseinandersetzungen, gewaltige internationale Wanderungen

oder eine Zunahme unheilbarer Krankheiten die Berechnungsgrundlagen massgeblich verändern.

## Verstärkter Umverteilungskampf?

Vorausgesetzt, wir können in den nächsten Jahrzeh-

ten in Frieden, Freiheit und Gesundheit leben, so ist der bestehende Generationenvertrag stark gefährdet.

Analysiert man die vom Bundesamt für Statistik durchgeführten Bevölkerungsprognosen<sup>2</sup> über die nächsten fünfzig Jahre, so wird nämlich zweierlei deutlich: Erstens wird ohne Leistungsabbau und rechtliche Veränderungen – etwa die Heraufsetzung des Pensionsalters für Mann und Frau – bereits in wenigen Jahren die Bezahlung der AHV-Ausgaben undurchführbar sein. Zweitens wachsen auf Grund der bevölkerungsmässigen Zusammensetzung unserer Gesellschaft die Rentner langsam zur Mehrheit aller Stimmberechtigten heran. Beide Entwicklungen lassen vermehrte sozialpolitische Verteilungskämpfe erwarten.

## Prognosewerte

Im Jahre 1990 finanzierten hundert potentielle Erwerbstätige (inkl. Unbeschäftigte) im Alter zwischen 20 und 64 Jahren 24 Rentner. Die Rentneinkommen werden von den tatsächlichen Erwerbstätigen über Lohnprozente erwirtschaftet und auf die bezugsberechtigten Rentner umverteilt. Für das Jahr 2040 sehen die verschiedenen Prognosen, je nach institutioneller Grundannahme, einen Finanzierungsbedarf von 41 bis 48 Rentnern vor.

Fortsetzung auf Seite 15

## Statistische Daten und Prognosewerte

Alter:	Anteil an der Wohnbevölkerung 1990:	Anteil an der Wohnbevölkerung im Jahre 2040:
unter 15	17,2%	14,6–16,6%
15–29	22,1%	16,4–17,3%
30–49	30%	25,8%
50–64	16,1%	~ 18%
65–79	10,9%	15,6–17,4%
über 80	3,7%	6,7–8,7%

Quelle: Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 1991–2040.

<sup>1</sup> Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen unter Prof. Hauser, Präsident der FDP der Stadt St. Gallen. Arbeitet gegenwärtig an einer wirtschaftspolitischen Studie im Rahmen des NFP 28 (Nationalfondsprogramm 28).

<sup>2</sup> Vgl. Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung 1991–2040, Bundesamt für Statistik 1992.



# Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen ihr eigenes Urteil zu bilden.

## Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 1+2/92: «Die aktuelle Drogendebatte: Ein Überblick über Thesen und Modelle»
- Ex. Nr. 3/92: «Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität von morgen»
- Ex. Nr. 4/92: «Freisinnige Standortbestimmung zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zum Wohnproblem und zur Neat-Finanzierung»
- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51).

# Auf dem Weg zur Besserung.



Die dringlichen Bundesbeschlüsse zur Krankenversicherung bilden die unverzichtbare Basis für die rasche Realisierung der Totalrevision des veralteten Krankenversicherungsgesetzes. Diese Totalrevision wird die letzte Chance bieten, uns die **freie Arztwahl und freie Spitalwahl** zu garantieren.

**Stützen wir den Bundesrat und das Parlament in ihrem Engagement für eine zeitgemässe Krankenversicherung; eine Krankenversicherung, die sich alle wieder leisten können. Deshalb am 26. September:**

**Krankenversicherung:**

# Ja

**zu den dringlichen Bundesbeschlüssen**

Schweizerisches Aktionskomitee  
«JA zur schrittweisen Modernisierung  
der Krankenversicherung»  
Postfach 502  
8034 Zürich

Fortsetzung von Seite 13

Zur Verdeutlichung: Bei der gegenwärtigen Quote der Erwerbstätigen (Erwerbstätige plus Arbeitslose im Verhältnis zu den potentiellen Erwerbstätigen) von rund 58 Prozent hiesse dies, dass 58 Berufstätige 41 bis 48 nicht arbeitende Rentner zu finanzieren hätten. Zusätzlich wären von denselben Personen auch die unter 20jährigen finanziell zu unterstützen. Diese Rechnung kann nie und nimmer aufgehen!

### «Rentnerdiktatur»

Wer allerdings Reformen vortreiben will, der muss sich beeilen. Bereits ab 2010 dürften mehr als die Hälfte der Stimm- und Wahlberechtigten über fünfzig Jahre alt sein. Da sich die Alterspyramide immer mehr in einen «Pilz» verwandelt, nimmt die Stimmkraft der älteren Bevölkerung überproportional zu, während bei der jüngeren Generation der Nachwuchs fehlt.

Unterstellt man den über 50jährigen, dass sie dann und wann schon mit der Pension liebäugeln, so stünde die arbeitende Bevölkerung zusammen mit der nichtstimmberechtigten Jugend ab 2010 unter der «Diktatur der Rentner». Sollten sich die Rentner entsprechend organisieren können, um ihren eigenen Nutzen kompromisslos durchzusetzen, wären Abstimmungen über die AHV-Leistungen eine klare Angelegenheit. Wer sich dieser wachsenden Umverteilung zukünftig entziehen will, muss mit den Füssen abstimmen (auswandern).

### Folgerungen?

● Finanzielle Umverteilungen können langfristig nur erbracht werden, wenn eine «normale» Bevölkerungsentwicklung mit breitem Nachwuchs besteht. Ansonsten müssen immer weniger immer mehr Menschen unterstützen. Allerdings würde auch ein dramatischer Anstieg der Geburtenrate nur suboptimal helfen. Die finanziellen Lasten wären zwar breiter verteilt, ein Anwachsen der Geburtenrate führte aber gleichzeitig zu einer relativen Überpopulation, verbunden mit entsprechenden Umweltbelastungen.

● Es ist an der Zeit zuzugeben, dass der Generationenvertrag in seiner heutigen Ausgestaltung mittelfristig zum Scheitern verurteilt ist. Ein neuer «Sozialvertrag» mit anderen Mechanismen muss ausgehandelt werden.

Da Sozialleistungen massgeblich von der konjunkturellen und wettbewerbsmässigen Entwicklung der Wirtschaft abhängen, sollten auch sozialpolitische Regelungen möglichst marktkonform ausgestaltet werden. Wie die verschiedenen AHV-Revisionen zeigen, ist die heutige Regelung dies nur bis zu einem gewissen Grad.

● Schliesslich muss man sich fragen, ob solche Umverteilungen aus ordnungspolitischer Sicht zulässig sind. Wer Abwanderungen von Unternehmen und Personen verhindern will, muss langfristig wieder zu den liberalen Grundsätzen der Selbstvorsorge und der Selbstverantwortung zurückfinden. Dies heisst nicht, dass die AHV sofort abgeschafft werden sollte. Wer eingezahlt hat, soll auch Anrecht auf entsprechende Leistungen haben. Alle weiteren AHV-Reformen sollten aber in die Richtung einer vermehrten Eigenverantwortung und Selbstfinanzierung gehen. Nur ein solches System ist langfristig für alle Generationen gerecht und marktkonform.

### Offene Diskussion

Die Sozialpolitik ist keine einfache Materie. Zu viele Interessen und Ziele sollen gleichzeitig verfolgt und befriedigt werden. Massstab aller Sozialpolitik sollte aber die mögliche und gerechte Finanzierung sein. Die demographischen Entwicklungen verlangen von uns, offen und ehrlich darüber zu diskutieren. Je früher, desto besser! □

## Kolumne

### Gravierender Vertrauensverlust



In der Welt werden immer mehr Phänomene eines *gesellschaftlichen Umbruchs* sichtbar. Das Ende des kalten Krieges hat nicht nur im kommunistischen Osten eine Lawine gesellschaftlicher Umwälzungen – mit allen ihren Unwägbarkeiten – ins Rollen gebracht. Auch im freiheitlichen Westen lockerte sich die zur Starrheit tendierende «nationale Disziplin», und es wurden Wandlungen möglich, die vorher kaum denkbar gewesen waren. Die hartnäckige Rezession mit ihren Arbeitslosenheeren hat diesen Veränderungsdruck noch wesentlich verstärkt. In den USA kam mit Clinton eine neue Generation ans Ruder. In Japan wurden die Liberaldemokraten nach bald vierzigjähriger Herrschaft entmachteter. In Frankreich ging die Regierung der Sozialisten mit einer katastrophalen Niederlage zu Ende. In Italien, um ein weiteres Beispiel zu nennen, findet etwas wie eine «moralische Revolution» statt. Stecken wir in der postmodernen oder in einer anderen «Wendezeit»?

Ein wesentliches Merkmal der verbreiteten Unruhe in den westlichen Industriestaaten ist der *Verlust an Vertrauen in die Regierenden*. Er hat verschiedene Ursachen. Der begründete Eindruck einer weitgehenden Hilflosigkeit gegenüber der überfallmässig eingetretenen und sich hartnäckig haltenden Rezession trägt wesentlich dazu bei. Zudem das Unbehagen gegenüber einer rasant zunehmenden öffentlichen Verschuldung und den dadurch nötigen Sparmassnahmen, die «leider» nicht nur die anderen, sondern auch die eigenen Interessen und Präferenzen treffen. Sodann die sich verschärfende Konkurrenz in der Weltwirtschaft, die wenig Rücksicht auf nationale und kontinentale Beson-

derheiten nimmt und deshalb vermehrt Opfer am Strassenrand der Entwicklung zurücklässt. Und nicht zuletzt die Entlassungen und Firmenzusammenbrüche, die nicht nur, aber auch durch unternehmerische Fehlentscheidungen bedingt waren – von der aufgedeckten Korruption eines ganzen Systems wie in Italien ganz zu schweigen.

Auch in der Schweiz hat sich die *skeptische Haltung* gegenüber der Regierung, dem Parlament und den Bundesratsparteien verschärft, wenn auch die direkte Demokratie erdrutschartige Verschiebungen verhindert. Aber das Wegfallen des Solidaritätsdruckes aus dem kalten Krieg hat auch bei uns die Bindungen an die Institutionen und die Parteien gelockert – die Konkordanz im Bundesrat erleichtert diese Entwicklung.

Auch die *Abkehr von der «postmodernen» Anspruchshaltung*, an die man sich in der langen Hochkonjunktur so leicht gewöhnt hatte, fällt schwer – vor allem bei den Subventionen. Das Ansteigen des privaten Sparens hingegen ist ein Fingerzeig, dass viele sich der neuen Situation bewusst sind.

Da kaum damit zu rechnen ist, dass die Tage der Hochkonjunktur und des Stellenüberflusses in der gehabten Art bald wieder zurückkehren werden, so wird das verlorene Vertrauen nur durch *schränkenlose Offenheit und Ehrlichkeit* wieder gewonnen werden können. Man wird wieder genau sagen müssen, was wir uns leisten können und wo wir über unsere Verhältnisse gelebt haben und zurückstecken müssen. Im Umbruch unserer Zeit und ihrer Unsicherheit werden letztlich jene bestehen, die in Wort und Tat *Gemeinsinn* bekunden und sich am *Gesamtwohl* orientieren.

Kurt Müller

Alt Nationalrat  
Dr. Kurt Müller, Meilen

# Wehret den Anfängen – kein Platz für Rechtsextremismus in der FDP

Zu den nobelsten Aufgaben der freisinnigen Politik gehört, so will es ja der Name unserer Partei, die Abwehr totalitären Gedankengutes. Oft und gern wird auf die entsprechenden Leistungen prominenter schweizerischer Freisinniger während der Zeit wirklicher Bedrohung in den dreissiger Jahren und während des Zweiten Weltkrieges hingewiesen. Glücklicherweise sind dies längst vergangene und wohl endgültig überwundene Perioden europäischer Geschichte.

Leider bedeutet dies nicht, dass entsprechendes braunes Gedankengut für immer verschwunden ist. Im Gegenteil, einige beunruhigende Anzeichen auch in der Schweiz sind nicht mehr zu übersehen. Laut zahlreichen Medienberichten hat sich am 15. Juli eine selbsternannte sogenannte «Aktion für freie Meinungsäusserung – Gegen Uno-Bvormundung» lautstark zu Wort gemeldet, welche das Referendum gegen die neue Strafnorm über Rassendiskriminierung ergreifen wird. Den unsäglichsten Äusserungen eines Dr. Walter Fischbacher aus St. Gallen, der sich als Präsident der «Aktion» bezeichnet, ist im Rahmen derselben TV-Informationssendung glücklicherweise einer der besten und wägststen FDP-Politiker, Nationalrat François Loeb, ruhig, aber mit aller nötigen Entschiedenheit entgegengetreten.

Falsch wäre es nun, den barmherzigen Mantel politi-

scher Sauregurkenzeit über diese Entwicklungen zu ziehen, etwa mit dem Hinweis auf guteidgenössische, direktdemokratische Praxis. Selbstverständlich ist es auch solchen Biedermännern unbenommen, ein Referendum zu ergreifen. Nicht toleriert werden kann aber die Präsenz freisinniger Parteimitglieder in einem entsprechenden Referendumskomitee. Sollten die übereinstimmenden Medienberichte über genau eine solche Präsenz wirklich zutreffen, so drängen sich schnelle und klare Entschiede auf: Die entsprechenden Sektionen wären zu bitten, diesen Sachverhalt zu überprüfen und allfällige Parteimitglieder, die bei Fischbacher tatsächlich mittun, auf die Unvereinbarkeit zwischen Referendumziel und freisinnigen Grundüberzeugungen hinzuweisen, mit Sanktionen, welche bis zum Parteiausschluss reichen müssen.

Das mag hart klingen, ist aber unumgänglich. Man erinnert sich, wes Geistes Kinder und welcher Parteizugehörigkeit die Gegner der neuen Strafnorm im Parlament waren. Mit solchen Eidgenossen hat die Freisinnige Partei nichts, aber auch gar nichts am Hut. Eine scharfe und klare Abgrenzung der Partei gegen rechts ist ganz allgemein nötig. Andernfalls setzen wir uns unnötigerweise dem Vorwurf verschwommener Konturen aus. Um in Zukunft noch erfolgreicher potentielle Wähler, insbesondere jüngerer Generationen – zu denken ist beispielsweise an das grosse Segment urban geprägter «Yuppies», die heute kaum mehr politisch interessiert, geschweige denn tätig sind –, ansprechen und gewinnen zu können, braucht die FDP klare Konturen. Dazu gehören eindeutige, der sozialen und deregulierten Marktwirtschaft ebenso wie politischer Weltoffenheit verpflichtete Sachpositionen. Dazu gehören aber auch klare Abgrenzungen gegenüber Personen und Parteien, die mit rückwärtsgerichtetem Hurra- und Hup-Patriotismus pseudopo-

pulistische Wellenreiterei betreiben.

Genau hier wird eine ernsthafte, vielleicht schmerzliche, aber im Urteil des Unterzeichnenden überfällige Diskussion in der Partei ansetzen müssen. Über den – extremen und wohl jeder weiteren Diskussion unwürdigen – Einzelfall, wie den hier einleitend beschriebenen hinaus, wäre zu fragen, ob es zwischen der FDP und ihren Exponenten einerseits sowie den obengenannten Parteien und ihren Vertretern rechts der Bundesratsparteien andererseits politische Zusammenarbeit geben kann und darf. Auch dem Unterzeichnenden ist klar, dass es geheiligter schweizerischer Polittradition entspricht, wenn auch und gerade freisinnige Politiker sowohl in der direkt-demokratischen Praxis (z. B. Referendumskomitees) als auch im Parlament primär ihren persönlichen Überzeugungen folgen. Gleichzeitig wäre aber zu unterstreichen, dass mit dem freisinnigen Gütesiegel eben Rechte und Pflichten einhergehen. Nicht zu Unrecht sehen wir uns – und nennen uns auch so – als die grosse staatstragende Partei der Schweiz. Um diese Schweiz aus der gegenwärtigen Schiefelage wirtschaftlicher und europapolitischer Natur herauszubringen, braucht es breiten, aber klar umrissenen Konsens. Dieser ist nur erreichbar durch unmissverständliche Positionierung.

Im Klartext: Wahltaktisches Schielen auf extrem rechte, primär rückwärtsgewandte Wählerschichten wird sich nicht auszahlen, im Gegenteil. Noch weitgehend braches Potential für unsere Partei liegt vielmehr in der vernünftigen und dynamischen Mitte. Dort, wo die Erkenntnis der unauf löslichen Verknüpfung der Existenz der Schweiz mit ihren Nachbarn und dem restlichen Europa als hochwillkommene Herausforderung und nicht als dumpfe Bedrohung verstanden wird. Dort auch, wo in Zukunft die grosse Mehrheit der Wähler jene Parteien honorieren wird, welche Politik als ad-

äquate Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen unserer heutigen Existenz verstehen.

So verstandene Politik sichert einer Partei auch ihre Zukunft. Jene nämlich, welche ihre Weltsicht auf eine einzige Optik beschränken und entsprechende Politik nur bis zur nächsten Nationalstrasse oder Ausländerstatistik betreiben, werden zwar bisweilen hochgespült, pflegen dann aber jeweils in die politische Marginalität zurückzufallen, wo sie auch hingehören.

Daniel Woker, Vizepräsident  
FDP-International

## LFSA

### Arbeitslosenversicherung

Das Referendum gegen den am 1. April 1993 in Kraft getretenen Dringlichen Bundesbeschluss über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung wird vom Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) nicht unterstützt.

Mit diesem Bundesbeschluss wurden unter anderem frühere materielle Forderungen des LFSA erfüllt, so der Wegfall der Wartezeit bei Krankheit und der Degression. Positiv wurden auch die Verbesserungen bei den Präventivmassnahmen bewertet, wo der Beitrag von 50 auf 85 Prozent, in speziellen Fällen sogar auf 100 Prozent der anfallenden Kosten festgelegt wurde. Der LFSA konzentriert sich deshalb voll auf die parallel laufende Revision des Arbeitslosengesetzes, zum Beispiel hinsichtlich eines einheitlichen Taggeldsatzes von 80 Prozent.

Der LFSA wird sich für eine zeitgemässe und soziale Arbeitslosenversicherung einsetzen und auch erneut sein Postulat für die Änderung der Bezugsdauer auf 500 (statt 400) Tage einbringen. □

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

100 Jahre 1892 – 1992  
Erfahrung,  
Dynamik,  
Tradition

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

**Spross Ga-La-Bau AG Zürich**  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



# SVFF: Andere Themen mehr gewichtet

**Klara Brogli und Ursula Zollinger heissen die beiden neuen Vorstandsmitglieder der Schweizerischen Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen (SVFF). Sie wurden an der Delegiertenversammlung (DV) in Bern ehrenvoll gewählt. An der Tagung verabschiedeten die schweizerischen FDP-Frauen einen offenen Brief an Bundesrätin Ruth Dreifuss, in welchem sich die SVFF für die Registrierung der Pille RU 486 als Alternative zum chirurgisch vorgenommenen Schwangerschaftsabbruch ausspricht (siehe «Freisinn» vom Juni 1993).**

## Madeleine Kuhn-Baer\*

«Eine verstärkte Vertretung der Frauen in allen Gremien der Partei und auf den verschiedenen politischen Ebenen wird gewünscht», betonte die Präsidentin der SVFF, Franziska Frey-Wettstein, bei ihrem Rückblick zur Strategie-Taktik von Mitte Januar 1993 in Zürich (der «Freisinn» hat darüber berichtet). Eine Umfrage ergab anlässlich dieser Tagung ein gewisses Unwohlsein der Frauen gegenüber den Sachprioritäten der FDP. So wurden wohl Wirtschafts-, Bau- und Bodenpolitik als wichtige Themen der Partei anerkannt, gleichzeitig aber eine grössere Gewichtung gesellschafts-, gesundheits- und sozialpolitischer Themen gefordert.

Grundlage der Strategietagung bildete die wissenschaftliche Studie von Than-Huyen Ballmer-Cao über die Frauen in den Nationalratswahlen. «Sie zeigt eindrücklich auf, wie schlecht es um den Frauenanteil in den Parlamenten im allgemeinen und den freisinnigen Frauenanteil im speziellen bestellt ist», meinte Frey-Wettstein. Die Frauen waren sowohl in aussichtsreichen Wahlkreisen als auch auf aussichtsreichen Listenplätzen spärlich vertreten und erhielten von der Wählerschaft weniger Stimmen als die Männer.

## Politische Aktivitäten

Die Präsidentin erinnerte in ihrem Jahresbericht ebenfalls an die beiden Präsidentinnenkonferenzen, die hauptsächlich politischen Themen gewidmet waren. An der ersten Tagung im März 1992 führte ein Referat von Frau Dr. B. Schneeberger über die «Europäische

Integration – Bedeutung und Auswirkungen für die Frauen» zu ersten Diskussionen über eine Annäherung der Schweiz an Europa. Zusätzlich wurde ein Communiqué verabschiedet, welches die Besserstellung der Frau in der 10. AHV-Revision begrüsst und an der Forderung eines Splitting-Modells mit Erziehungs- und Betreuungsgutschriften festhielt, wie dies die Zielsetzungen 1991–1995 der FDP Schweiz fordert. Die zweite Präsidentinnenkonferenz war der EWR-Vorlage gewidmet; sie ergab nach Anhörung des Pro- und Kontra-Standpunktes einstimmig die Ja-Parole.

## Schulfernsehen für Erwachsene

Die SVFF unterstützte im Berichtsjahr eine Petition, welche die Schaffung eines Schulfernsehprogramms für Erwachsene verlangt. «Dies soll den Benützern erlauben, den Schulstoff der Sekundarstufe nachzuholen», führte Frey-Wettstein dazu aus. Gleichzeitig wird die Programmdirektion ersucht, beim Biga die finanziellen Mittel für das Erwachsenen-Schulfernsehen aus dem Fonds für nichtgewinnorientierte Weiterbildung und Wiedereinstieg zu beantragen.

Die SVFF unterstützte ebenfalls den Frauenauftrag «Wir haben eine Stimme», der am 10. Dezember 1992, dem internationalen Tag der Menschenrechte, in der ganzen Schweiz, in Zagreb, in Belgrad und weltweit gegen Vergewaltigung und sexuelle Folterung von Frauen und Kindern im Kriegsgebiet von Ex-Jugoslawien verbreitet wurde. Sie unterstützte unter anderem die Forderung nach Offenlegung und öffentlicher Verurteilung dieser Verbrechen durch die zuständigen Stellen sowie eine Erklärung der Uno, dass Vergewalti-

gungen im Krieg vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden sollen.

Ferner erarbeitete eine Gruppe von Fachfrauen eine Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zum neuen Scheidungsrecht, die im Namen der SVFF eingereicht wurde. Geprägt haben das letzte Arbeitsjahr gemäss Frey-Wettstein jedoch der Aufbau einer neuen Administration sowie das Erfassen von neuen Vereinen und Gruppen. Die SVFF zählt nun 57 Frauengruppen als Aktivmitglieder sowie 203 Passivmitglieder.

## Neue Vorstandsfrauen

Die Delegiertenversammlung verabschiedete die bisherigen Vorstandsmitglieder Christine Egerszegy, Inge Fehlbaum, Marianne Krämer und Katharina Luchsinger mit dem be-

sten Dank für die geleistete Arbeit. Ehrenvoll gewählt wurden Klara Brogli, Vorstandsmitglied der FDP-Frauen der Stadt Zürich, sowie Ursula Zollinger-Keller, Präsidentin der freisinnigen Frauengruppe der Region Baden. Die beiden anderen Sitze bleiben zwar vorderhand vakant, es wurden aber spezielle Vereinbarungen mit sogenannten «Schnupperfrauen» getroffen.

Nach einem ausgezeichneten Referat von Katharina Lauterburg verabschiedete die DV einen offenen Brief an Bundesrätin Ruth Dreifuss bezüglich der Pille RU 486 als Alternative zum chirurgisch vorgenommenen Schwangerschaftsabbruch. Darin hält die SVFF fest, dass ein Medikament nicht aus weltanschaulichen Gründen denjenigen Frauen vorenthalten werden dürfe, für die es sinnvoll und nötig sei. RU 486 gehöre aber ausschliesslich in die Hände der Ärzteschaft (siehe «Freisinn» vom Juni 1993).

Für den politischen Ausblick war schliesslich Käthi Bangerter, Berner Kantonalpräsidentin, besorgt; auch ihre Erläuterungen – unter anderem das Laufental betreffend – waren sehr aufschlussreich. □

## LFSA

### Ja zum erneuerten «Friedensabkommen»

Die Delegierten des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) aus dem Bereich Maschinenindustrie haben dem Verhandlungsergebnis zur Erneuerung der Vereinbarung in der Maschinenindustrie zugestimmt. Sie folgten damit der Empfehlung der Industriekommission. Das «Friedensabkommen» lief am 30. Juni 1993 ab; es konnte damit nach langen und sehr schwierigen Verhandlungen per 1. Juli 1993 zum zwölftenmal erneuert werden. Es gilt für fünf Jahre bis zum 30. Juni 1998. In schwieriger wirtschaftlicher Zeit bedürfen die Arbeitnehmer des gesamtarbeitsvertraglichen Schutzes dringender denn je.

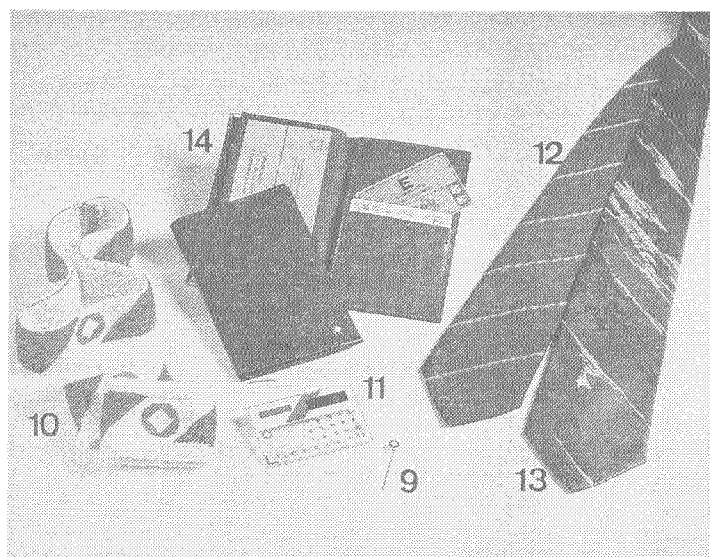
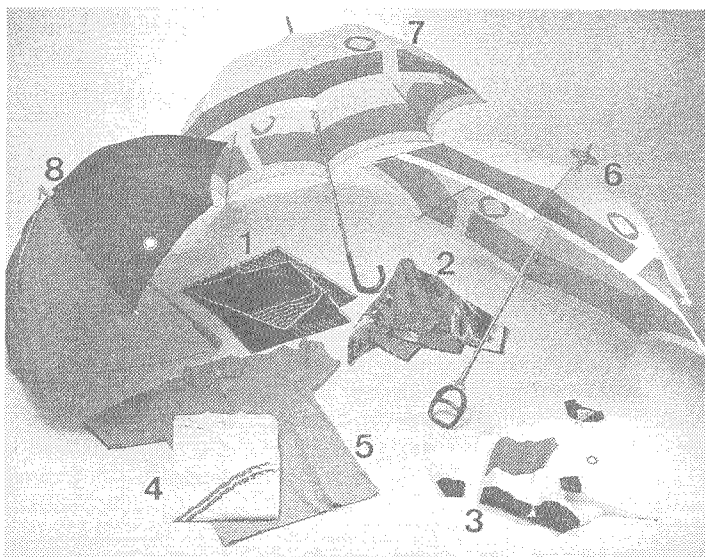
Das Verhandlungsergebnis war bei den Delegierten nicht unumstritten. Die vertragli-

chen Verbesserungen in Fragen der Mitwirkung und Mitbestimmung, die neue Ferienregelung, der verbesserte Mutterschaftsurlaub, die ausgebauten Frauenrechte und die ausgebauten Bildungsurlaubsmöglichkeiten stiessen auf Zustimmung. Auch zahlreiche immaterielle Verbesserungen vermögen den Gehalt der Vereinbarung zu steigern.

Hingegen lösten die neugeschaffenen Möglichkeiten von arbeitsvertraglichen Bestimmungen zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten abzuweichen, Befürchtungen aus. Schliesslich vermochten die von den Gewerkschaften vorgesehenen Leitplanken hinsichtlich Mitsprache diese Einwände weitgehend zu beseitigen. □

\*Präsidentin der FDP-Frauengruppe des Kantons Glarus.

# Praktisch, sportlich, elegant



**Ja, ich bestelle:**

**1** Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. \_\_\_ Ex. à Fr. 50.-

**2** Das **neue Foulard** (90x90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. \_\_\_ Ex. à Fr. 50.-

**3 Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen  S,  M,  L \_\_\_ Ex. à Fr. 10.-  
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

**4 T-Shirt** (ausverkauft)

**5** Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. Grössen  S,  M,  L,  XL \_\_\_ Ex. à Fr. 5.-  
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

**6** Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. \_\_\_ Ex. à Fr. 30.-

**7** Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. \_\_\_ Ex. à Fr. 30.-

**8** Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. \_\_\_ Ex. à Fr. 35.-

**9 Anstecknadel.** Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. \_\_\_ Ex. à Fr. 1.-

**10** Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. \_\_\_ Set à Fr. 5.-

**11** Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. \_\_\_ Ex. à Fr. 20.-

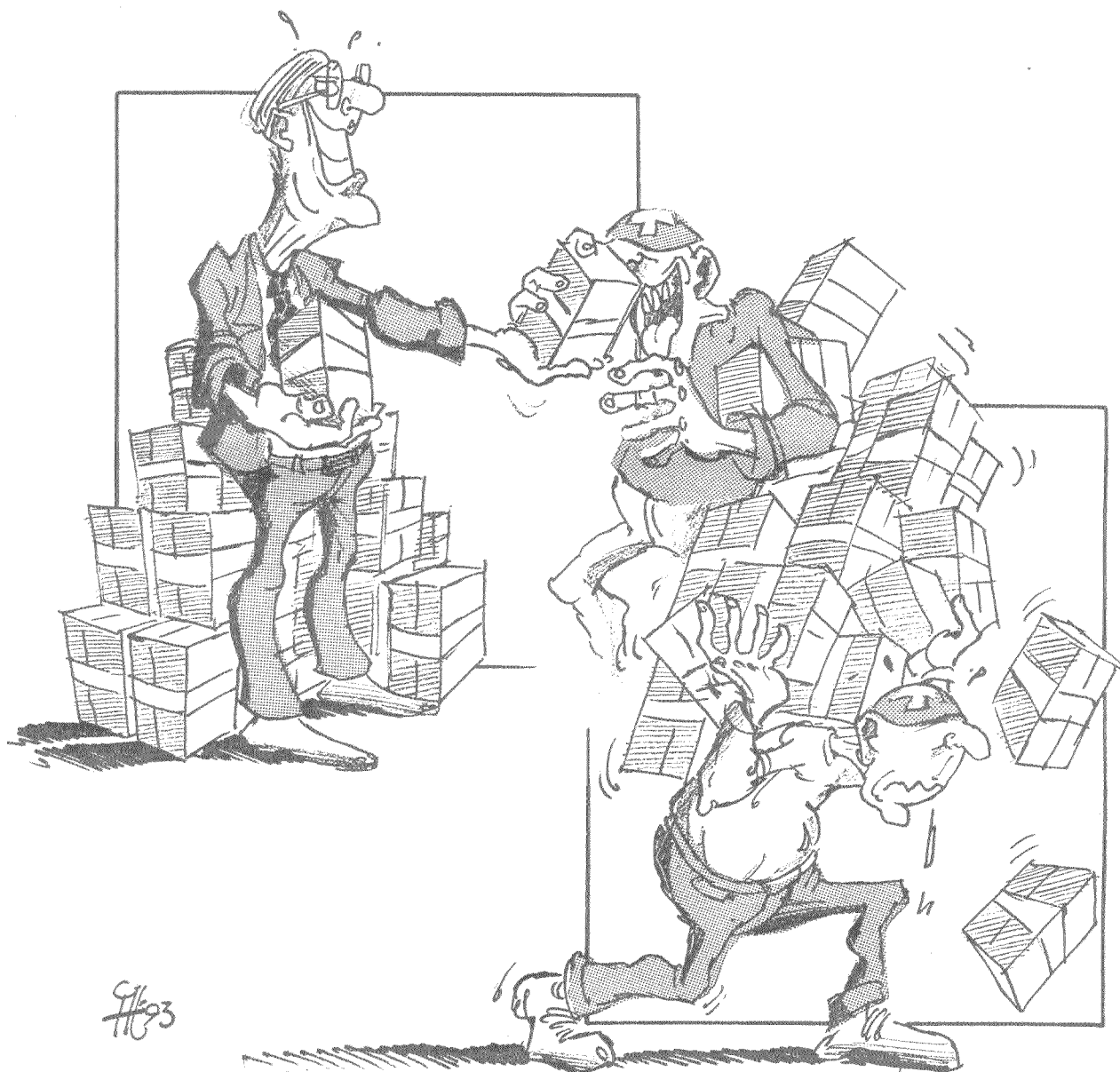
**12** Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. \_\_\_ Ex. à Fr. 40.-

**13** Die **Krawatte** aus unserer «New look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. \_\_\_ Ex. à Fr. 40.-

**14** Das **Portefeuille** aus bestem Anilinder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. \_\_\_ Ex. à Fr. 44.-

Name: _____
Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____
Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

DIE WAHLGESCHENKE VON GESTERN  
SIND DIE STEUERN VON MORGEN.





# Sinnvolle Deregulierungsmöglichkeit oder unverantwortlicher Verzicht?

**Ausgelöst durch die wirtschaftliche Lage und die aktuellen Wohnungsprobleme, werden in der öffentlichen Diskussion Stimmen immer lauter, die die ersatzlose Abschaffung der Ausnützungsziffer verlangen. Ist diese Forderung sinnvoll, oder sind deren Nachteile nicht gar grösser?**

**Von Roland Gnägi,  
Gemeindeammann,  
Rheineck**

Der Raumplanungsartikel der Bundesverfassung verlangt eine zweckmässige Nutzung des Bodens und eine geordnete Besiedelung des Landes. Ein erster Schritt dazu ist die Trennung des Siedlungsgebietes vom Nichtsiedlungsgebiet. Dieser Schritt allein genügt aber bei weitem noch nicht, um das vorgegebene Ziel zu erreichen.

Das Raumplanungsgesetz nennt zahlreiche Detailziele und Planungsgrundsätze, denen Genüge getan werden muss. Wesentlich ist innerhalb des Siedlungsgebietes eine sinnvolle Zuordnung von Wohn- und Arbeitsplätzen. Dies setzt jedoch voraus, dass geregelt wird, wo welche Nutzungsart zulässig ist. Auch dies genügt jedoch nicht. Die Siedlungen sollen auch nach Funktion und Charakter strukturiert werden. Ein ländlicher Weiler soll sich von einem Regionalzentrum unterscheiden und dieses wiederum vom Kernbereich einer Grossstadt.

Es erweist sich also als nötig, Art und Mass der Nutzung wie auch das Erscheinungsbild der Bauten gebietsweise zu regeln. Nur so können eine zweckmässige Nutzung des Bodens und eine geordnete Besiedelung des Landes sichergestellt werden.

## Arten von Nutzungsziffern

In der Schweiz sind im wesentlichen folgende Nutzungsziffern bekannt: die Ausnützungsziffer (Verhältnis Bruttogeschossfläche und Grund-

stücksfläche), die Überbauungsziffer (Verhältnis überbaubare Grundfläche und Grundstücksfläche), die Baumassenziffer (Verhältnis Baukörpervolumen und Grundstücksfläche) und die Grünflächenziffer (Verhältnis Grünflächen und Grundstücksfläche).

Das Baugesetz des Kantons St. Gallen formuliert in Art. 61 und Art. 64 die Ausnützungsbzw. Überbauungsziffer. Die politischen Gemeinden werden in Art. 7 und 8 verpflichtet, mit einem kommunalen Baureglement die öffentlichrechtlichen Bauvorschriften für das gesamte Gemeindegebiet zu erlassen. Die Regelung der Dichte wird ganz klar den Kommunen zugewiesen.

## Die Ausnützungsziffer und deren Eigenschaften

Die Ausnützungsziffer wurde ursprünglich deshalb eingeführt, um die rechtlichen Grundlagen für eine differenzierte Bauweise ohne Ausnahmegewilligungen zu schaffen. Sie ist die Verhältniszahl zwischen den anrechenbaren Bruttogeschossflächen der Gebäude und der anrechenbaren Land- bzw. Grundstücksfläche. Daraus wird ersichtlich, dass die Ausnützungsziffer planerische Gestaltungsfreiheit innerhalb eines oberen Nutzungsmasses anstrebt und rechtlich den Verfassungsgrundsatz der Rechtsgleichheit bezüglich der realisierbaren Nutzung für ein bestimmtes Areal verwirklichen soll.

## Ausnützungsziffer und Verdichtung

Angesichts der Tatsache, dass sich der Siedlungsraum in der Schweiz nicht beliebig ausdehnen lässt, innerhalb der überbauten Gebiete aber noch



Die Dichte der Besiedlung kann nicht uneingeschränkt erhöht werden, ohne dass die Lebensqualität Schaden leidet.

(Photo Stahl)

Baulücken und Nutzungsreserven bestehen, wird beklagt, die Ausnützungsziffern würden eine Nachverdichtung verhindern.

In vielen Gebieten wäre eine derartige nachträgliche Verdichtung tatsächlich möglich und erwünscht. Bei Altbauten sollte die Nutzung der Dach- und Untergeschosse möglich gemacht werden.

Die Ausnützungsziffer muss daher zonengemäss heraufgesetzt werden, um dies zu erreichen. Diese zusätzliche Nutzung darf aber nicht zur Beeinträchtigung der bestehenden Bebauung führen, sie soll sich vielmehr sorgfältig einfügen.

## Ersatzlose Streichung?

Gesamthaft gesehen kann festgehalten werden, dass eine ersatzlose Streichung der Ausnützungsziffer und damit Verzicht auf eine Regelung der Nutzungsdichte nicht verantwortet werden kann.

Es wird dabei übersehen, dass die Dichte der Besiedlung nicht uneingeschränkt erhöht werden kann, ohne dass die Lebensqualität durch Verminderung der Wohnqualität Schaden leidet. Die zusätzliche Nutzung schafft ein gesteigertes Bedürfnis nach Erholung im Aussenraum sowie nach zusätzlichen Parkplätzen, Gärten, Sitzplätze, Spielbereiche und Grünflächen werden noch mehr verdrängt. Zur Kompensation der verkleinerten privaten Aussen- und Gartenbereiche wird die Öffentlichkeit zur Bereitstellung von Spielarealen und Familiengärten angegangen werden.

Vielmehr ist eine angemessene Erhöhung der Ausnützungsziffern zu fordern, bei Altbauten ist die Nutzungsdichte so anzupassen, dass eine zweckmässige Nutzung von Dach- und Untergeschossen möglich wird; solche Altbauten sind zu privilegieren.

Die häusliche Nutzung des Bodens setzt nicht eine maximale, sondern eine angemessene Nutzungsdichte voraus. □